

Europa eint das Ziel: Flucht und Migration verhindern!



Visionen zur Wahl: **Über die Forderungen der Weltläden**

Fakten gegen Vorurteile: **So entkräften Sie gängige Vorurteile!**

Inhalt

Flucht und Politik

- 3 Warum sind Sie geflohen?
- 6 Flüchtling bleib zuhause!
- 9 Blick nach Afrika
- 15 Kommentar: So nicht!
- 16 Ein Ende der Gemütlichkeit!

Politik

- 18 Für die Rechte der Bauern weltweit

Produkte

- 19 Der Sonne entgegen

Reise

- 20 Reisen fair erleben

Fairer Handel

- 23 Visionen zur Wahl

Asyl

- 24 Vorurteilen entgegentreten

Forum

- 26 Unsere Agenda

Service

- 27 Termine, Reisen
- 28 Aktuelles
- 30 Fairer Handel, Resonanz
- 31 Das war mein größter Coup

Vorwort



Milliarden von Euro fließen derzeit nach Afrika. Mit Hilfe zahlreicher Abkommen versucht die Europäische Union Flüchtlinge davon abzuhalten, von Afrika nach Europa zu gelangen. Menschenrechte werden dafür mit Füßen getreten. Nun legt Minister Thomas de Maizière nach. „Die ersten Monate dieses Jahres haben gezeigt, dass unsere bisherigen Maßnahmen unzureichend sind“, heißt es in einem Schreiben der Innenminister Deutschlands und Italiens vom 11. Mai an die EU-Kommission. Sie fordern die Entsendung einer EU-Grenzschutzmission an die Südgrenze Libyens. Entwicklungs-Experten bezweifeln, dass das Sterben im Mittelmeer durch die politischen Strategien der EU ein Ende nehmen wird. Statt Maßnahmen zur Grenzsicherung sollten reale Ursachen von Flucht und Migration bekämpft werden. In einem im April initiierten „Aufruf der 100“ fordern nun auch Träger des Bundesverdienstkreuzes, die „hausgemachten Gründe“ von Flucht – Rüstungsexporte, unfaire Handelsbeziehungen, Rohstoffwirtschaft, Agrarsubventionen und Fischfangquoten – zu beseitigen. Die mehr als hundert Unterzeichner verlangen, eine Enquetekommission „Fluchtursachen“ einzurichten, die u. a. Maßnahmen sowie gesetzliche Initiativen vorschlagen soll, wie Fluchtgründen entgegengewirkt werden kann. Zu den Mitgliedern des Aufrufs gehören bekannte Persönlichkeiten wie Margot Käßmann oder Klaus Töpfer, auch einige Südzeit-Interviewpartner sind darunter. Das Thema Fluchtursachenbekämpfung steht auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung,
Ihre

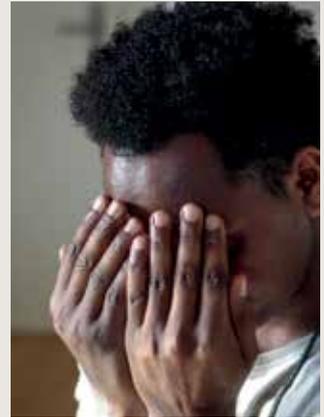
Susanne Schnell

Titelfoto: Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer durch die zivile Seenotrettung Sea-Watch.
Foto: Sea-Watch



Kulmiye
22 Jahre, Somalia

„Ich würde das freiwillig nicht noch einmal durchmachen“, sagt der junge Krankenpfleger heute über seine Flucht.



Awet
26 Jahre, Eritrea

Er schaute nach dem Vieh nahe der äthiopischen Grenze und wurde deshalb zwei Jahre ins Gefängnis gesteckt. Mittlerweile lebt der Eritreer in Deutschland.

Warum sind Sie geflohen?

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, ihre Freunde und die Familie? Migranten berichten über die Gründe ihrer Flucht

Somalia: Meine Mutter organisierte meine Flucht

Somalia besitzt die zweitlängste Küste Afrikas. Wir Somalier waren Fischer. Aber dann haben wir nichts mehr gefangen, denn alles ist überfischt. Die Piraterie kam und es wurde Müll ins Meer gekippt. Meine Mutter hat mir erzählt, dass seitdem zweiköpfige Kinder geboren werden. Im Jahr 2011 war eine große Hungersnot. Die Terrormiliz Al-Shabaab hatte damals die Hälfte Somalias inklusive der Hauptstadt Mogadischu unter Kontrolle und ließ nicht zu, dass wir Hilfe von der restlichen Welt bekommen. Al-Shabaab forderte, dass alle den Krieg mitmachen. Ich selbst sollte Informationen sammeln. Meine Mutter sagte: „Auf keinen Fall!“ Bald darauf bekam ich einen Brief, in dem stand, dass mir der Kopf oder die Hand abgehackt wird, wenn ich Al-Shabaab nicht unterstütze. Ich musste fliehen. Meine Mutter hat alles organisiert, auch das Geld für die Flucht. Sie bekam noch viele Drohbriefe, in denen stand, dass sie mich finden würden.

Auf der Flucht waren wir 150 Flüchtlinge. In den LKWs war es sehr eng, man dachte, man bekommt Atemnot. Die Männer hatten Messer und haben uns bedroht. Ich hatte Glück, denn ich war unter 15 Jahre alt. In islamischen Ländern gilt man dann noch als Kind und ich bekam deshalb ein wenig Essen. Manche von meiner Gruppe sind leider verstorben. Es gab fast nichts zu trinken. Es war

sehr hart. Ich habe so einen Hunger gehabt, obwohl ich Unterstützung bekam. Ich würde das freiwillig nicht noch einmal durchmachen. Ich empfehle auch meinem Bruder nicht, zu fliehen. In Libyen gab mir der Schleuser trockenes Brot und Marmelade. Das war so geil! Ich habe alles gegessen, bis ich gekotzt habe. Seitdem esse ich keine Marmelade mehr.

■ *Kulmiye, 22 Jahre, Somalia, lebt seit fünf Jahren in Deutschland und arbeitet als Krankenpfleger. Laut Greenpeace gibt es Verträge europäischer Firmen mit der Übergangsregierung in Mogadischu zur Müllentsorgung, darunter ist hochgiftiger Abfall. Informationen: Earthlink, www.fluchtgrund.de*

Eritrea: Sie dachten, ich würde Flüchtlingen helfen

Ich komme aus Eritrea. Meine Familie wohnt nahe der Grenze zu Äthiopien. Mein Vater war Soldat und musste oft an weit entfernten Orten für die Regierung arbeiten. Einmal habe ich ihn drei Jahre lang nicht gesehen. Meine Mutter sorgte für meine Geschwister und mich. Wir hatten Kühe und Schafe. Eines Morgens war ich sehr früh bei den Tieren. Da kamen Soldaten. Sie fragten mich, was ich zu dieser Uhrzeit draußen mache. Sie dachten, ich würde flüchtenden Menschen helfen oder wäre selbst auf dem Weg nach Äthiopien. Das stimmte nicht. Dennoch nahmen sie mich mit und sperrten mich ins Gefängnis. Zwei Jahre lang hielten sie mich gefangen. Sie schlugen mich auf den Rücken und die Fußsohlen. Es gab nur wenig zu essen und zu trinken. Eines Tages sagten sie, ich könne gehen. Mein Vater holte mich ab. Bald darauf bin ich geflüchtet. Die Regierung hätte mich zum Militärdienst ein-

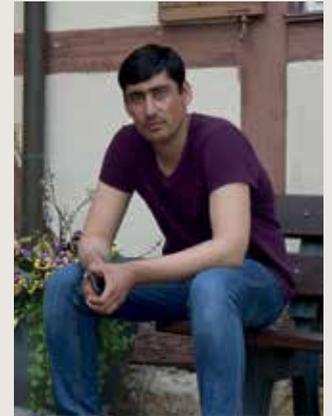


Aminu 35 Jahre, Ghana

Drei Mal versuchte der Student übers Meer nach Europa zu gelangen, drei Mal wurde er zurückgeschickt. Heute hilft er Landsleuten, eine Existenz vor Ort aufzubauen und warnt vor den Gefahren der Flucht.

Mohammad 29 Jahre, Afghanistan

Er arbeitete als Minenräumer. Doch dann kamen die Taliban und bedrohten sein Leben. Aus Deutschland soll er nun zurück nach Afghanistan. Dort gäbe es, so das BAMF, sichere Regionen, wie beispielsweise Kabul.



gezogen. Jeder muss zum Militär. Es gibt keine zeitliche Begrenzung. Mein Vater ist alt, aber er muss immer noch als Soldat arbeiten. Es gibt keine Alternative. Heute habe ich noch immer Schmerzen am Rücken.

■ *Awet, 26 Jahre, Eritrea, lebt seit drei Jahren in Deutschland. Er bekam die volle Anerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention.*

Ghana: Ich wollte Medizin studieren

Ich wollte nach Europa, um Medizin zu studieren. Ich hatte in Ghana mit einem Ingenieurstudium begonnen. Freunde haben mir ständig Geld geliehen, damit ich die Studiengebühren bezahlen konnte, aber nach einem Jahr musste ich abbrechen. Ein Freund hat mich davon überzeugt, nach Europa zu gehen und dort zu studieren.

Auf unserem Weg durch die Wüste fielen wir Rebellen in die Hände. Weil ich keine Wertsachen bei mir trug, musste ich mich auf den Rücken legen und durfte die Augen nicht schließen. In der Wüste! Das macht ganz schnell blind. Bei der kleinsten Form von Widerstand hätten sie mich erschossen. Während der Reise verlieren die Migranten häufig ihren eigenen Willen an die Schleuser – das ist ein Problem. Manchmal mieten die Menschenschmuggler Zimmer an und zwingen die Frauen zur Prostitution! Die Migranten haben keine Macht mehr über sich selbst. In Libyen arbeitete ich als Schuhputzer, als Friseur und als Hilfsarbeiter für ganz wenig Geld. Als Illegaler hat man in Libyen keinerlei Rechte.

Im Mittelmeer bin ich mit meinen Freunden zwei Tage auf hoher See im Meer getrieben und musste miterleben, wie einer nach dem anderen ertrunken ist. Jeder hatte einen Autoschlauch um den Bauch und einer nach dem

anderen hat die Kraft verloren, ist verdurstet und dann in die Tiefe des Meeres geglitten und gestorben. Das waren Menschen, die mir nahe standen. Dann kam ein Schiff von einer libyschen Bohrinsel und hat mich gerettet. Nur acht von 28 Bootsinsassen hatten überlebt. Alle anderen sind gestorben, nur weil sie nach Europa wollten. Das ist ein tiefes Trauma für mich.

In Italien wurde ich nach Ghana abgeschoben. In Ghana sind zuerst alle Träume in sich zusammengefallen. Doch dann gründete ich mit anderen Betroffenen die African Development Organisation for Migration, eine NGO, die ein Projektpartner von MISEREOR ist. Wir klären junge Menschen über die Gefahren der Flucht auf und versuchen, sie dabei zu unterstützen, in der Heimat eine Existenz aufzubauen. Es ist höchste Zeit, dass sich Europa engagiert: man muss den Jugendlichen auf lokaler Ebene Angebote machen, sie stärken und ausbilden, so dass sie ein Einkommen beziehen können.

■ *Aminu, 35 Jahre, Ghana, versuchte mehrmals nach Europa zu kommen. Inzwischen lebt er in Ghana.*

Afghanistan: Taliban bedrohten mich

In Afghanistan arbeitete ich als Minenräumer. Meine Firma erhielt die Aufträge von den Amerikanern, die hier stationiert waren. Eines Tages entdeckten wir ein riesiges Feld mit Minen. Ich war an der Reihe, die Minen zu entschärfen. Am nächsten Tag hatte ich frei. Da erzählte mir ein Kollege, dass die Taliban gekommen wären. Sie waren böse, weil ihre Minen nun nicht mehr brauchbar waren. Sie wollten wissen, wer die Minen entschärft hatte. Ich blieb die nächsten Tage zuhause, aber ein Kollege verriet den Taliban meinen Namen und sagte, wo ich mit meinen Eltern und meiner Familie wohne. Bald darauf hörte ich, wie Männer zu meiner Mutter kamen. Sie wollten



Bubacarr 28 Jahre, Gambia

Der Journalist wurde brutal gefoltert. Sein Vergehen: Er setzte sich unter Diktator Jammeh gegen Korruption und Ungerechtigkeit zur Wehr.

"Gedenken wir meiner afrikanischen Brüder, die ihr Leben in der Wüste oder im Mittelmeer verloren haben – ein Meer, das zur Grabstätte vieler hoffnungsvoller, junger Menschen aus Afrika und dem Mittleren Osten geworden ist."
Bubacarr



mich sehen. Es waren die Taliban. Meine Mutter war sehr aufgeregt, sie warnte mich. Ich zog mir eine Burka über und sprang aus dem Fenster. Dabei verletzte ich mir den Rücken. Trotzdem rannte ich und rannte. Die nächsten Tage versteckte ich mich bei meinem Onkel. Die Taliban kamen immer wieder. Sie nahmen meinen Bruder mit und schlugen ihn. Sie sagten, sie würden mich finden und ermorden. Die ganze Familie gab mir Geld. Dann floh ich aus Afghanistan. Mein Onkel wurde bald darauf von den Taliban ermordet.

■ *Mohammad, 29 Jahre, Afghanistan, lebt seit drei Jahren in Deutschland. Kürzlich erhielt er den Bescheid, dass er Deutschland innerhalb 30 Tagen verlassen muss. Es gäbe in Afghanistan Regionen, die sicher wären, beispielsweise Kabul, hieß es in dem Schreiben des BAMF.*

Gambia: Ich habe mich gegen Ungerechtigkeit gewehrt

Menschen begeben sich aus unterschiedlichen Gründen ins Exil. Sie machen sich voller Hoffnung auf den Weg, um Orte zu finden, an denen sie sich in Sicherheit fühlen, in Würde leben und ihr Potential entfalten können. Aus seinem Heimatland geflüchtet zu sein und Asyl zu suchen, ist meiner Meinung nach eines der schwierigsten Leben, das man leben kann. Man ist hin- und hergerissen zwischen unterschiedlichsten Stimmungen. Man lebt in der Ungewissheit, ob der Asylantrag akzeptiert oder abgelehnt wird, wird von Alpträumen verfolgt und mit vielfältigen weiteren Herausforderungen konfrontiert. Es fällt mir schwer, über die Ungerechtigkeit und die völlige Missachtung der Menschlichkeit in meinem Land zu sprechen. Schließlich ist jeder Mensch auch stolz auf sein Heimatland. Ich habe Afrika aus Gründen verlassen, die

viele Menschen zwingen, aus dem Land ihrer Geburt zu fliehen. Ich war drei Tage lang inhaftiert, nackt ausgezogen, wurde brutal gefoltert und war anderen unmenschlichen Behandlungen ausgesetzt. Mein einziges Vergehen war, dass ich mich gegen Korruption und Ungerechtigkeit zur Wehr gesetzt habe. Ich musste fliehen und meine Karriere, Ausbildung und überhaupt alles aufs Spiel setzen. Während 22 Jahren Diktatur in Gambia unter Präsident Yahya Jammeh waren spurloses Verschwinden, Verhaftungen ohne Prozess, Folter und Tötungen an der Tagesordnung. „Es ist üblich, dass Leute in Haft oder während eines Verhörs sterben. Niemand kann mir vorschreiben, was ich in meinem Land tue“, waren die Worte Jammehs. Es ist die vorrangige Aufgabe jedes Staates, seine Bürger zu schützen. Das Verfehlen und die Missachtung dieser Pflicht durch unsere Regierungen haben so viele Menschen in die Flucht getrieben.

Es ist wichtig, geflüchteten Menschen zuzuhören, um deren Lage verstehen zu können. Genauso bedeutsam ist es, dass die Öffentlichkeit angemessen über die wahre Situation in den jeweiligen Herkunftsländern informiert ist. Es ist betrüblich, dass alle Migranten aus Afrika als Wirtschaftsmigranten betrachtet werden. Ich wünsche mir, dass wir all jener Menschen gedenken, die ihr Leben in den Kriegen in Syrien und an anderen Orten verloren haben. Und gedenken wir auch meiner afrikanischen Brüder, die ihr Leben in der Wüste oder im Mittelmeer verloren haben – ein Meer, das zur Grabstätte vieler hoffnungsvoller, junger Menschen aus Afrika und dem Mittleren Osten geworden ist. Oft wird nur die Zahl der Toten geschätzt, die das Meer gefordert hat. Die Flucht durch die Wüste hat möglicherweise noch viel mehr Menschen das Leben gekostet. Wie viele Menschen auf dieser gefährlichen Reise ihr Leben verloren haben, ist unbekannt.

■ *Bubacarr, 28 Jahre, Gambia. Der Journalist lebt seit drei Jahren in Deutschland, seit zwei Jahren wartet er auf das Ergebnis seines Asylantrags. Über die Gründe, die Menschen zur Flucht zwingen, sprach er im Oktober bei einem Fachtag.*

Zum Schutz der Interviewpartner veröffentlichen wir nur die Vornamen bzw. ändern den Namen.

Flüchtling bleib zuhause!

Über die Ziele der aktuellen Politik der EU mit afrikanischen Staaten



Frau Dr. Zanker, „Fluchtursachen bekämpfen“ lautet das vielbeschworene Ziel von Politikern sowohl in Europa als auch in Deutschland. Was halten Sie von der aktuellen Politik?

Die in Europa weitverbreitete Wahrnehmung einer massiv angestiegenen und kaum kontrollierbaren Immigration aus Afrika hält den Fakten nicht stand, bestimmt aber maßgeblich die aktuelle Migrationspolitik der EU. Zwar wird immer von Fluchtursachen gesprochen, aber de facto verfolgt die EU vor allem zwei Ziele: es sollen weniger Migranten in Europa ankommen und wer ankommt, soll schnell abgeschoben werden können. So wurde bei einem Treffen in Valletta im Februar diesen Jahres über eine Zusammenarbeit mit Libyen gesprochen, obwohl es dort nicht einmal eine landesweite legitime Regierung gibt, geschweige politische Stabilität. Zudem wird die europäische Migrationspolitik zunehmend auf bilateraler Ebene verfolgt. Somit können grenzüberschreitende Fluchtursachen nur wenig beachtet werden.

Mit welchen Instrumenten soll das Ziel erreicht werden?

Die aktuelle europäisch-afrikanische Migrationspolitik wird über zahlreiche Dialoge und Abkommen umgesetzt. Dazu zählen regionale Prozesse, wie beispielsweise der seit 2014 bestehende Khartum-Prozess, bei dem vor allem Aspekte der Grenzsicherung und Eindämmung „irregulärer Migration“ verhandelt werden. Dann gibt es bilaterale Migrations- und Mobilitätspartnerschaftsabkommen. Große politische Symbolkraft hat der Valletta-Gipfel, der am 11. und 12. November 2015 stattfand. Über 60 Staats- und Regierungschefs aus AU- und EU-Ländern kamen in Valletta zusammen, um einen Aktionsplan und Notfall-Treuhandfonds zur Grenzsicherung, Stabilisierung und Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration in und aus Afrika zu beschließen. Seit Juni 2016 bevorzugt die EU sogenannte Migrationspartnerschaften. Diese sind auf dem Zuckerbrot und Peitsche-Prinzip aufgebaut – Partnerländer, die in Sachen Migration kooperieren, bekommen mehr Entwicklungsgelder. Es entsteht die Gefahr, dass die EU ihrem Anspruch auf die allgemeine Achtung und Wahrung von Menschenrechten nicht gerecht wird.

Inwiefern missachtet die Politik Menschenrechte?

Besonders deutlich wird dies in der Zusammenarbeit mit den Regimen im Sudan, Äthiopien und Eritrea. Im regionalen Khartum-Prozess kooperiert die EU mit dem vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchten sudanesischen Präsidenten Umar Hasan Ahmad al-Bashir im Sudan und dem Diktator Isayas Afewerki in Eritrea – beide haben

sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Die äthiopische Regierung wurde vom Europäischen Parlament selbst in seiner Resolution vom 21.01.2016 aufgrund schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Trotzdem ist Äthiopien eines der bevorzugten Länder für die neuen Partnerschaftsabkommen. Statt mit Nachdruck auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Umsetzung dringend notwendiger wirtschaftlicher und politischer Reformen hinzuwirken, reicht die EU Diktatoren wie al-Bashir die Hand, um mithilfe neuer Grenztechnologien sowie der Schulung der Angehörigen des Sicherheitsapparates, die dortigen Grenzen abzusichern und Flucht zu verhindern. Mit anderen Worten: Regime, die zu den zentralsten Fluchtverursachern gehören, werden unterstützt.

Warum agiert die Politik auf diese Weise?

Europa steht vor keiner einfachen Aufgabe. Eine gemeinsame Migrationspolitik, die auf Partnerschaft, Ursachenbekämpfung und Nutzung der Potenziale fußt, wird durch den wachsenden Rechtspopulismus und die Uneinigkeit innerhalb der EU deutlich erschwert. Für einen Richtungswechsel in der Migrationspolitik wäre eine Versachlichung des politischen Diskurses der erste Schritt.

Wie könnte der Diskurs versachlicht werden?

Zum einen sollten wir die Zahlen kritisch betrachten: Die Zahl der internationalen Migranten steigt seit Jahren kontinuierlich an und lag nach Angaben des aktuellen Migrationsberichts der Vereinten Nationen Ende 2015 bei 244 Millionen. Die



Er hat es bis Europa geschafft: Mann mit einer Wärmedecke in einem Lager in Sizilien. (Foto: Ausstellung Refugees)

Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, lag Ende 2015 bei 65,3 Millionen. Dabei ist allerdings Folgendes anzumerken: Erstens, Migration und Wanderbewegungen sind kein neues Phänomen, sondern so alt wie die Menschheit selbst. Wenn man sich die gesamte Weltbevölkerung anguckt, kann man sogar argumentieren, dass es heute weniger Migranten gibt als in bisherigen Zeiten. Zweitens und entgegen der in Europa weitverbreiteten Annahme eines „Exodus“ aus Afrika bleibt die Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge und Migranten auf ihrem Heimatkontinent. Gemäß dem aktuellen Global Trends-Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerks fanden 2015 neun von zehn Flüchtlingen Schutz in Entwicklungs- und Schwellenländern. Knapp jeder dritte Flüchtling

war afrikanischer Herkunft. 86 Prozent jener fanden in einem anderen afrikanischen Land Zuflucht und nur ca. 7,5 Prozent flohen nach Europa. Die meisten Flüchtlinge befinden sich also fernab von Europa.

Was sollten Politiker tun?

Neben einem stärkeren außenpolitischen Engagement sind aufeinander abgestimmte entwicklungs- und handelspolitische Maßnahmen gefordert. Zentrale Triebkräfte von Migration sind die Flucht vor politischer Verfolgung sowie die enormen Diskrepanzen in den Lebensumständen. Zu den zentralen ökonomischen Herausforderungen vieler afrikanischer Staaten gehören eine defizitäre physische und soziale Infrastruktur, mangelnde Rechts-

sicherheit, eine geringe und kaum diversifizierte Industrieproduktion und die geringe Produktivität. Gleichzeitig sind politische Reformen hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Teilhabe vielerorts überfällig.

Um die Entwicklungspolitik effektiver zu gestalten, sollte die finanzielle und technische Zusammenarbeit stärker als bislang an gute Regierungsführung geknüpft werden. Gleichzeitig muss die EU ihre Agrar- und Handelspolitik überdenken. Es gibt enorme Produktivitätsunterschiede zwischen europäischen und afrikanischen Firmen. Durch die sukzessive Marktöffnung für Industrieprodukte sowie für hochsubventionierte Agrarprodukte aus der EU wird der Wettbewerbsdruck auf afrikanische Produzenten massiv



Die Fotografin Herlinde Koelbl war in Flüchtlingslagern u. a. auf Lesbos und Griechenland: Leben im Provisorium.

steigen. Ein weiterer Rückgang des ohnehin geringen afrikanischen Industrieoutputs sowie die Zerstörung der Lebensgrundlage vieler afrikanischer Bauern könnten die Folgen sein. Zwar sehen die wichtigsten Handelsabkommen zwischen der EU und den afrikanischen Ländern, die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), zur Abfederung möglicher negativer Einflüsse eine Übergangsphase von 15 bis 20 Jahren sowie Anpassungshilfen in Milliardenhöhe für die afrika-

nischen Partnerländer vor, doch ob diese ausreichen werden, wird von vielen Wissenschaftlern, Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilen Akteuren ernsthaft bezweifelt. Wichtige Schritte hin zu einem konsequenten Richtungswechsel der europäischen Migrationspolitik beinhalten daher auch Reformen der europäischen Agrar- und Handelspolitik.

■ Dr. Franzisca Zanker, Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg

Ausstellung "Refugees"

Die Fotografin Herlinde Koelbl war in Flüchtlingslagern an Europas Grenzen unterwegs. Mit ihrer Ausstellung "Refugees" dokumentiert sie die Zeiten des Wartens, sie zeigt stille Momente in poetischen und anrührenden Aufnahmen. Zu sehen war die Ausstellung im Literaturhaus München, im Oktober zieht sie zu den Vereinten Nationen.

Überbleibsel zahlreicher Überfahrten: Ein Sessel thront auf Schwimmwesten. (Foto: Ausstellung Refugees)



Blick nach Afrika

Millionen von Euros fließen derzeit nach Afrika, um „irreguläre Migration“ zu beenden. Was bewirken die Maßnahmen der EU vor Ort?

Westafrika: Wir fühlen uns wie in einem Gefängnis

Westafrika ist geprägt von der Mobilität seiner Bewohner. Viele der Grenzen, die in den vergangenen zwei Jahrhunderten durch nationalstaatliche Grenzziehung entstanden sind, kreuzen traditionelle Lebens- und Handelsräume. In vielen Gesellschaften gehört es für junge Männer dazu, durch Arbeitsmigration die wirtschaftliche Grundlage für sich und ihre späteren Familien zu legen. Durch Terrorismus und Gewaltkonflikte, wie etwa aktuell in Mali, oder aufgrund ernstvernehmender Dürren, die infolge des Klimawandels dramatisch ausfallen, sind Millionen von Menschen zu internen Vertriebenen geworden. Als Flüchtlinge suchen mehrere Hunderttausend in Nachbarländern Schutz. Die Vereinten Nationen schätzen, dass 80 Prozent der westafrikanischen Migranten in der Region leben. Fünfzehn Staaten der Region sind in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) zusammengeschlossen, darunter Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Ghana. Sie hat sich schon 1979 – in einem weitreichenden Protokoll für freien Handel und Freizügigkeit – auf freie Mobili-



Grenznahe Erzeuger können ihre Ware oft nicht mehr im Nachbarland anbieten.

tät der Bürger des ECOWAS-Raumes und auf die Achtung und den Schutz der damit einhergehenden Rechte für Migranten verpflichtet. In der Realität bleiben die Harmonisierung der Migrationspolitiken und der Abbau von Mobilitätshindernissen weiterhin große Aufgaben.

„Die EU bildet afrikanische Grenzbeamte und Polizisten aus und sorgt für die entsprechende Ausrüstung. Mehr Kontrolle setzt mehr Polizei und mehr Soldaten voraus und diese Präsenz führt wiederum dazu, dass Reisende massiv eingeschränkt werden, die sich aus Tradition und Handelsgründen in dem regionalen Raum bewegen. Überspitzt gesagt fühlen wir Westafrikaner uns wie in einem Gefängnis im jeweils eigenen Land.“ Samir Abi, Togo, westafrikanisches Beobachtungsnetzwerk (Quelle: Brot für die Welt)

Um die Grenzen zu passieren werden zwar keine Visa mehr, aber viel Geduld und oft auch viel Geld benötigt, um die zahlreichen behördlichen Vorgaben und Kontrollen zu meistern.

Doch aktuell verschärft sich die Situation. Denn in den vergangenen zwei Jahren ist Westafrika wieder stärker in den Fokus europäischer und deutscher Außen- und Entwicklungspolitik gerückt. Durch hermetischen Grenzschutz soll irreguläre Migration gestoppt werden. Hauptziel ist es, die Menschen vor Ort (fest) zu halten. Mit ihrer Politik trägt die EU dazu bei, dass Kontrollposten innerhalb Westafrikas, selbst innerhalb westafrikanischer Staaten, rasant wachsen – ein klarer Widerspruch zum ECOWAS-Protokoll. Die Maßnahmen europäischer Politik treffen nicht nur potentielle Migranten, sie treffen auch den Handel und damit die gesamte Entwicklung der Region. Oft genug lohnt es sich beispielsweise für grenznahe, landwirtschaftliche Erzeuger nicht, ihre Produkte im Nachbarland anzubieten, da die preislichen Vorteile durch die häufig nicht-regulären „Gebühren“ der Kontrolleure kompensiert werden oder weil die Reisen durch die häufigen Kontrollen deutlich länger und beschwerlicher werden.

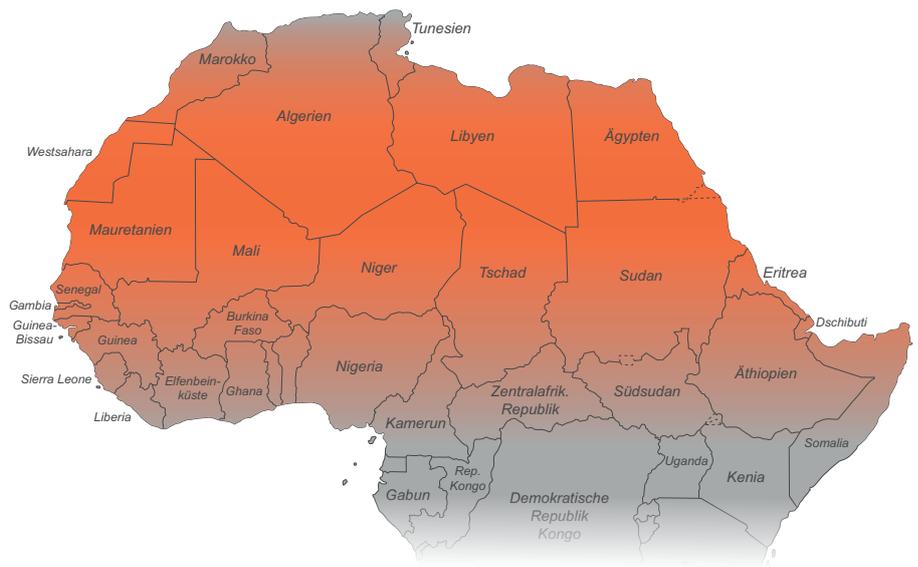
Busunternehmen klagen bereits über die massiven Einschränkungen, die es ihnen fast unmöglich machen, die Passagiere fahrplanmäßig von einem Ort zum anderen zu bringen. Der Europäischen Union muss dringend bewusst werden, welche weitreichenden Folgen ihre Migrationspolitik in Afrika hat. Wenn die westafrikanischen Grenzen undurchlässig für Schutzsuchende und für Arbeitsmigranten sind, steigen die Gefahren für menschliche Sicherheit und Entwicklung.

■ Sophia Wirsching, Referentin Migration, Brot für die Welt

Abkommen mit EU: Valletta-Aktionsplan, Khartum-Prozess mit European Trust Fund, zahlreiche Strategiepapiere und Mobilitätspartnerschaften u. a. m.

Eritrea und Sudan: Das Regime ist nicht reformwillig

Jedes Jahr werden in Eritrea neue Mikro-Staudämme gebaut, die helfen sollen, die Wasserversorgung auch während der Dürreperioden zu gewährleisten, allerdings überleben diese oft nicht einmal die nächste Regenzeit. Die Bauarbeiten für diese Dämme und für oft ähnlich kurzlebige Straßen übernehmen Soldaten. Im Rahmen des Nationaldienstes werden in Eritrea Hunderttausende Männer und Frauen gegen minimalen Lohn auf unbegrenzte Zeit in partei eigenen Firmen, in militärischen und zivilen Aufgabenfeldern eingesetzt. Insbesondere Männer leisten jahrzehntelang Dienst. Die Vereinten Nationen ordnen den Nationaldienst deshalb als ein Verbre-



Die EU hat mit fast allen der gekennzeichneten Staaten Abkommen geschlossen.

chen an der Menschlichkeit ein. Die einzige Alternative ist die Flucht außer Landes.

Und so fliehen nach UNHCR-Angaben trotz Schießbefehl an der Grenze monatlich rund 5.000 überwiegend junge Menschen aus Eritrea. Damit ist das von Diktator Isaias Afewerki geführte Land am Horn von Afrika mit rund 4 Mio Einwohnern der größte „Flüchtlingsproduzent“ des Kontinents. Die meisten Flüchtlinge harren in Äthiopien und dem Sudan unter meist prekären Bedingungen aus. Seit 2013 versuchen immer mehr Menschen nach Europa zu kommen. So gelangten im Jahr 2014 37.000 eritreische Flüchtlinge über Libyen auf den europäischen Kontinent, im Jahr 2015 waren es knapp 40.000. Das Interesse europäischer Politiker an Eritrea stieg mit zunehmender Flüchtlingszahl. So beschloss die EU im Herbst 2014, im Rahmen des Khartum-Prozesses, mit den autoritären bzw. hochgradig autoritären Regimen Eritreas, Sudans und Äthiopiens zusammenzuarbeiten. Unter anderem soll der Grenzschutz dieser Staaten verbessert und ihre Institutionen gestärkt werden. Ende 2015 bewilligte die EU Afewerki unter dem 11. Europäischen Entwicklungsfonds 200 Mio Euro, die in den Energiesektor Eritreas und in den Bereich einer verbesserten

Regierungsführung fließen sollen. Im Dezember 2015 reiste Gerd Müller, Minister für Entwicklung und Zusammenarbeit, als erster deutscher Minister nach 20 Jahren in die Hauptstadt Asmara, um mit Afewerki über eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zu diskutieren. Im September 2016 wurde eine eritreische Delegation in Berlin empfangen. Präsidentenberater Yemane Gebreab versprach daraufhin ausländischen Delegationen, den Nationaldienst für die jüngste Rekrutierungsrunde auf 18 Monate zu begrenzen. Dieses Versprechen wurde mittlerweile widerrufen – wie schon so oft. Die aktuelle Politik zeigt, dass das Europäische Parlament aus den Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre nichts gelernt hat. Im Sudan, dessen Regierung enge Beziehungen zum eritreischen Diktator Isaias Afewerki pflegt, leben viele Eritreer in ständiger Angst, von Agenten ihrer Regierung aufgegriffen und nach Eritrea deportiert zu werden. In den vergangenen Jahren waren vor allem Oppositionelle oder ehemalige Offizielle des eritreischen Regimes von solchen Aktionen betroffen; in jüngster Zeit fanden jedoch regelrechte Razzien statt. Ende Mai 2016 wurden 900 Eritreer in Khartum und 400 auf der Fluchtroute nach Libyen von sudanesischen



Viele Menschen in Eritrea leben von den Geldtransfers geflüchteter Angehöriger.

Soldaten aufgegriffen. Versuche der Schleuser die involvierten Sicherheitskräfte zu bestechen, fruchteten erstmals nicht. Die Flüchtlinge wurden inhaftiert und dann nach Zeugenaussagen mithilfe der eritreischen Botschaft auf Lastwagen nach Eritrea deportiert. Das illegale Überqueren der Grenzen wird in Eritrea als Landesverrat gewertet. Dabei Aufgegriffene werden keinem rechtsstaatlichen Verfahren zugeführt, sondern meist monatelang in Straflagern gefangen gehalten, um danach wieder im Nationaldienst eingesetzt zu werden.

Weshalb greift die ansonsten in puncto Menschenhandel eher laxen sudanesischen Regierung plötzlich zu derartigen Maßnahmen? Sudanesischen Beamte sind, besonders in den eng mit dem eritreischen Regime kooperierenden Ostprovinzen sowie in Khartoum, oft selbst in den Menschenhandel involviert oder profitieren indirekt durch Bestechungsgelder davon. Möglicherweise stehen die jüngsten Anti-Flüchtlingsrazzien in Verbindung mit den in Aussicht gestellten europäischen Finanzhilfen zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms. Eritreas politische Führung nimmt entgegen ihrer eigenen Rhetorik den Massenexodus bewusst in Kauf, da dieser zur innenpolitischen Stabilität beiträgt:

Zum einen dient er als Ventil für die frustrierte Jugend, die ihr Heil in der Flucht anstatt im Widerstand sucht; zum anderen verlangt die Regierung von im Ausland lebenden Eritreern eine Diasporasteuer in Höhe von zwei Prozent ihres Einkommens, die zusammen mit anderen Spenden und Abgaben ca. ein Drittel des Staatsbudgets ausmacht. Mindestens ebenso wichtig sind private Geldtransfers an die zurückgebliebenen Angehörigen, die durch den Nationaldienst am Broterwerb gehindert werden. Das Regime profitiert somit vom Exodus der Bevölkerung, verfügt über ausgeklügelte transnationale Strukturen, um die Diaspora in Schach zu halten, und steht – dessen sollte man sich bewusst sein – nicht kurz vor dem Zusammenbruch und ist daher auch nicht reformwillig.

Mögliche Alternativen: Der Khartoum-Prozess und das politische Hoffieren der eritreischen Regierung durch europäische Politiker werden nicht zu politischen Reformen führen, sondern die Machtposition der politischen Elite weiter stärken. Das Regime hat über die Jahre gelernt, die Dialogbereitschaft der EU zu seinem materiellen Vorteil auszunutzen, ohne jemals zu Konzessionen in puncto Demokratie und Menschenrechte bereit gewesen zu sein. Die derzeitige Strategie Europas, einer-

seits auflagenfreie Gelder aus dem 11. Entwicklungsfonds an Eritrea zu vergeben, deren Verwendung nichts an den Fluchtursachen ändern wird, und gleichzeitig Geld in den sudanesischen Sicherheitssektor zu investieren, um Flüchtlinge, die derzeit in Deutschland uneingeschränkt als Asylberechtigte anerkannt werden, zu registrieren und vorsorglich zu internieren, kann nur als zynisch bezeichnet werden. Erforderlich wäre eine konsequente Politik, die finanzielle Unterstützung von einem konkreten Reformprogramm abhängig macht. Ziel der Politik sollte nicht ein restriktives Vorgehen gegen Flüchtlinge sein, sondern die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen vor Ort und in den Nachbarländern.

■ Nicole Hirt, GIGA-Institut, Hamburg,

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des Artikels „Flüchtlinge aus Eritrea: Spielball europäischer Interessen“, GIGA Focus Afrika, 02/2016, Hamburg: GIGA; online: www.giga-hamburg.de/de/publikation/fluechtlinge-aus-eritrea-spielball-europaeischer-interessen

Abkommen mit EU: Khartoum-Prozess, zahlreiche Strategiepapiere, Kooperationsvertrag 2014–2020 Eritrea-EU u. a. m.

Niger: Migrationsroute ist blockiert

Eine wichtige Migrationsroute führt durch die Republik Niger. Flüchtlinge aus mehreren afrikanischen Staaten durchqueren den Wüstenstaat, um nach Libyen zu gelangen. Knotenpunkt ist die Stadt Agadez, einst historische Handelsmetropole in der Sahelregion. Doch die Route über Agadez ist nun blockiert, so Samir Abi, Togo, westafrikanisches Beobachtungsnetzwerk. Schuld daran ist die Europäische Union. Sie



Viele der von Sea-Watch geretteten Flüchtlinge erzählen von Folter und Gewalt in Libyen.

hat der Republik Niger eine Migrationspartnerschaft und damit viel Geld angeboten, um Migration und Terrorismus zu bekämpfen. Marina Schramm, Internationale Organisation für Migration (IOM), sagte gegenüber der TAZ: „Rückkehrer berichten uns, dass die Preise sich verdreifacht haben. Früher kostete der Weg von Agadez nach Libyen umgerechnet rund 230 Euro, heute sind es fast 700 Euro.“ Während die Migrationsroute früher an Brunnen und Städten vorbeiführte, wählen die Schleuser nun beschwerlichere und gefährlichere Wege durch die Wüste, um dem Militär zu entgehen.

■ Susanne Schnell, Südzeit

Abkommen mit EU: Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika, Strategiepapier Niger-EU u. a. m.

„Wir brauchen einen Politikwechsel mit einer anderen Klima- und Handels- und EU-Agrarpolitik, wo fairere Rahmenbedingungen für die Staaten geschaffen werden. Wir dürfen nicht mit Staaten kooperieren, in denen die Zivilgesellschaft keine Möglichkeit hat, aktiv zu sein und sich für die Lösung ihrer Probleme zu engagieren.“

Sophia Wirsching, Brot für die Welt

Libyen und Mittelmeer: Chaos und Gewalt regieren

Libyen ist für Flüchtlinge zahlreicher afrikanischer Länder der zentrale Ausgangspunkt für Fahrten über das Mittelmeer gen Europa. Doch die international anerkannte Regierung von Premierminister Al Sarradsch ist schwach und kontrolliert nur Teile Libyens, Milizen kämpfen um die Macht, Schlepper können frei agieren und treiben ihren lukrativen Handel im Land und an der Küste.

Im Februar 2017 stand das Transitland Libyen im Mittelpunkt des EU-Gipfels auf Malta. Die Staats- und Regierungschefs der EU verständigten sich auf diesem Gipfel auf ein Zehn-Punkte-Programm. Oberstes Ziel ist es, Flüchtlinge davon abzuhalten, von Libyen über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die libysche Regierung soll deshalb befähigt werden, Flüchtlinge im eigenen Hoheitsgebiet aufzugreifen. Die Ausbildung und Ausrüstung der libyschen Küstenwache soll unterstützt, die Bedingungen für Migranten in Libyen sollen verbessert und die Grenzen des Landes besser

überwacht werden. Ein weiteres Treffen ist im Juni geplant. Das Programm der europäischen Staatschefs rief einen Sturm der Entrüstung hervor. „Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten müssen der Realität ins Auge sehen: Libyen ist kein sicherer Ort. Recht und Gesetz sind in Libyen zusammengebrochen. Menschen aus Ländern südlich der Sahara werden ohne Prozess eingesperrt und haben keine Möglichkeit, gegen diese ungesetzliche Haft vorzugehen“, kritisiert Arjan Hehenkamp, Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen. Hilfsorganisationen beklagen seit langem die miserable Situation von Migranten in Libyen. Nun prangern auch deutsche Diplomaten "KZ-ähnliche Verhältnisse" an. Medien zitieren aus einem internen Lagebericht, indem es heißt, Schmuggler hielten Migranten in illegalen Privatgefängnissen fest; Folter, Vergewaltigungen und das Aussetzen von Menschen in der Wüste seien an der Tagesordnung. Flüchtlinge, die es nach Deutschland geschafft haben, bestätigen dies. Auch der Asylsuchende Hamed erzählt: „Schlepper haben mich in Libyen gefangen genommen und von meinen Eltern Lösegeld erpresst. Sie sagten, sie würden mich töten, wenn das Geld nicht bezahlt wird. Sie haben mich und andere Gefangene ge-



Frauen werden auf der Flucht oftmals Opfer von Vergewaltigungen. Seeleute leiden unter dem Sterben im Mittelmeer.

schlagen und, wenn sie gerade Lust hatten, auf Gefangene geschossen.“ Das Auswärtige Amt hat die Lage in den Flüchtlingslagern des Landes scharf kritisiert und spricht von „allerschwersten, systematischen Menschenrechtsverletzungen in Libyen“. Die Organisation Pro Asyl und der Paritätische Wohlfahrtsverband sprachen in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel von einem "Tiefpunkt europäischer Flüchtlingspolitik" und fordern legale und gefahrenfreie Zugangswege nach Europa.

Unter Kritik steht auch das Agieren der libyschen Küstenwache. So gehörte es bereits im Jahr 2016 zu den Aufgaben der EU-Mission Sophia, eine einsatzfähige libysche Küstenwache aufzubauen. Rund 400

„Gleich auf dem ersten Boot, das wir mit der Sea-Watch 1 damals gefunden haben, sagten uns die Leute, sie würden lieber auf See sterben als nach Libyen zurück zu gehen. Seither ist die Situation eher schlimmer geworden. Wir haben oft Folteropfer an Bord und viele Frauen in den Booten sind schwanger, weil sie vergewaltigt wurden. Die EU treibt Schutzsuchende in die Hände krimineller Banden. Libyen ist ein Bürgerkriegsland, in dem das Leben Flüchtender wenig zählt.“

Ruben Neugebauer, Sea-Watch

deutsche Soldaten waren an dieser Mission beteiligt, Kriegsschiffe, Aufklärungsflugzeuge und Drohnen standen bereit. In der Folge kam es wiederholt zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Küstenwache und zivilen Seenotrettern. Rettungseinsätze wurden von der Küstenwache unterbunden, auf ein Schiff von Ärzten ohne Grenzen wurde sogar geschossen. Durch das brutale Vorgehen der Küstenwache ertranken im vergangenen Herbst mehr als Hundert Menschen während eines Rettungseinsatzes.

Die zivile Seenotrettung Sea-Watch berichtet, dass die sogenannte "Libyan Coast Guard" in konkurrierende Clanmilizen unterteilt sei, die bisweilen mit den Menschenhändlern kollaborierten. Flüchtlinge, die auf internationalen Gewässern aufgegriffen wurden, brachte die Küstenwache unrechtmäßig zurück nach Libyen. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) war das Mittelmeer im Jahr 2016 die tödlichste Grenze der Welt.

■ Susanne Schnell, Südzeit

Abkommen mit EU: Kooperation Rückführungen Libyen-EU, Einverständniserklärung Libyen-Italien, Zehn-Punkte-Plan u. a. m.

Ägypten: Flüchtlinge in Haft

Flüchtlingsorganisationen gehen davon aus, dass viel mehr Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer sterben als offizielle Zahlen vermitteln. Es ist furchtbar für die Seeleute, von ihren Schiffen aus ständig Rucksäcke, einzelne Schuhe oder Sachen zu sehen, die eindeutig Menschen zuzuordnen sind. Die Vorstellung ist unerträglich, für was diese Gegenstände stehen.

In Ägypten gibt es Internierungslager, das sind häufig Polizeistationen mit nur einer Zelle. Es gibt landesweit angeblich bis zu vierzig dieser Lager. Die Bedingungen dort sind sehr grenzwertig. Ein Somalier erzählte mir von so einer Polizeizelle, die viel zu klein für alle Insassen war, so dass nicht alle gleichzeitig sitzen konnten. Der Mann war acht Monate dort eingesperrt. Nicht-registrierte Flüchtlinge sind manchmal monatelang inhaftiert. Ihr Schicksal hängt davon ab, ob sie von einer internationalen Organisation wie dem UNHCR oder Ärzten ohne Grenzen entdeckt, sie dann registriert und befreit werden oder ob sie jemanden finden, der für ihre Entlassung zahlt. Ich habe von einer Frau aus Eritrea

gehört mit zwei kleinen Kindern, die etwa 19 Monate in so einem Lager ausharren musste.

■ Markus Schildauer, Deutsche Seemannsmission in Alexandria (Quelle: Brot für die Welt)

Abkommen mit EU: Khartum-Prozess, Strategiepapier EU-Ägypten, Rückführungsabkommen Ägypten-Italien u. a. m.

Tschad: Landgrabbing und viele Flüchtlinge

Die soziale Krise hat im Tschad im Jahr 2016 ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. Im Februar kam es in allen größeren Städten zu einem Generalstreik, zu dem Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen aufgerufen hatten. Sie forderten den Rücktritt des Präsidenten. Zwar hatte sich durch die Erdölförderung im Tschad das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2002 bis 2012 vervierfacht. Doch der Bevölkerung geht es schlecht. In den staatlichen Gesundheitsstationen und Krankenhäusern gibt es nur einen Notdienst. In den Universitäten findet kein Unterricht statt. Lehrer bekommen kein Gehalt. Demonstrationen sind verboten. Präsident Idriss Déby Itno hatte sich im April 2016 wiederwählen lassen und ist mehr als ein Vierteljahrhundert an der Macht. Nicht nur in den Städten ist die Lage dramatisch. In den Dörfern hungern die Bauern. Tschadische Eliten, wie Händler, Generäle und hohe Beamte eignen sich Land widerrechtlich an. Im Gegensatz zum Landgrabbing durch transnationale Konzerne findet dies in der internationalen Öffentlichkeit keine Beachtung. Dabei werden auch hier Familien, oft sogar ganze Dörfer, in Armut gestürzt, denn die Menschen verlieren mit ihrem Land ihre wichtigste Lebensgrundlage. Aufgrund von Korruption und schlechter Regierungsführung war



Der Agraringenieur Djéralar Miankéol setzt sich für Menschenrechte im Tschad ein und wurde deshalb verhaftet.

die Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2008 eingeschränkt worden. Mittlerweile hat die Korruption weit größere Ausmaße erreicht. Dennoch wird Präsident Idriss Déby Itno nun vom Westen hofiert. Denn der Tschad beherbergt rund 700.000 Flüchtlinge, die vor den Konflikten in den Nachbarländern, insbesondere der Zentralafrikanischen Republik sowie der Region Darfur geflohen sind. Im Juni 2016 benannte EU-Vertreterin Mogherini in Brüssel die Ziele der Zusammenarbeit mit den „G5 Sahel“-Ländern. Dabei bezeichnete sie die Kontrolle der Grenzen im Süden Libyens im Hinblick auf die Bewältigung von den durch Libyen verlaufenden „Migrationsströmen“ als vordringliche Aufgabe. Im Oktober 2016 besuchte Déby Itno erstmals Deutschland. Aspekte von Flucht und Migration waren wichtige Themen. Deutschland sowie die EU hoffen darauf, dass die Flüchtlinge im Tschad bleiben. Die Lage im Tschad wird sich mit den Maßnahmen der EU nicht nachhaltig verbessern. Es sind v.a. junge Tschader, die wegen Landraub, Klimawandel und Korruption keine Perspektiven haben. In Verhandlungen mit Vertretern des Tschad muss deshalb der gesicherte Zugang zu Land und die Achtung von Landrechten mit verhandelt werden. Rechtssicherheit ist

von größter Bedeutung ebenso die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Schutz von Menschenrechtsverteidigern.

■ Martin Petry, Berater für Menschenrechte im Tschad

Abkommen mit EU: Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika u. a. m.

Migrationsdialoge

Zahlreiche Abkommen bestehen zwischen der EU und Staaten Afrikas. Besonders bedeutend:

Khartum-Prozess, 2014, EU kooperiert mit zehn Staaten Afrikas, darunter Äthiopien, Sudan, Eritrea, Südsudan, Somalia, Libyen, Ägypten. Wichtige Ziele: effektive Grenzkontrollen, Bekämpfung von „irregulärer Migration“ und Menschenhandel.

Valetta-Gipfel, 2015. Wichtige Ziele: Schaffung von „Zentren“ entlang der Migrationsrouten, Rückführungen in Herkunftsstaaten, Kampf gegen Menschenhändler u. a. Ein Aktionsplan soll durch den „Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika“ finanziert werden (Umfang: 1,8 Mrd. Euro).

So nicht!



Lager Moria auf Lesbos.

Unsere Politiker begrenzen Migration und ernten Kritik. Warum? Ein Kommentar

Mit dem Fokus auf „Fluchtursachenbekämpfung“ werden Maßnahmen legitimiert, die aus menschenrechtlicher Perspektive höchst kritikwürdig sind. So schreckt die EU nicht vor der Kooperation mit diktatorischen Regimen zurück, wie beispielsweise in Eritrea, das beim Hervorbringen von Flüchtlingen im afrikanischen Vergleich weit vorne liegt. Wenngleich bekannt ist, dass die Regierung in Asmara die eigene Bevölkerung versklavt und misshandelt, wurden dem Land 200 Mio Euro aus dem europäischen Entwicklungsfonds zugesagt. Weitere Millionen fließen über die Entwicklungshilfeagentur GIZ in das Land. Sie setzt am Horn von Afrika das von der EU und dem deutschen Entwicklungsministerium BMZ finanzierte Projekt „Better Migration Management“ um. Eines der Hauptziele dieser Maßnahmen ist die Verhinderung „illegaler Migration“ – und das in einem Land, für dessen Bürger eine legale Ausreise so gut wie unmöglich ist. Verschiedene Berichte, u. a. von der UN-Menschenrechtskommission, belegen, dass in Eritrea Vertreter von Regierung und Armee selbst in die Organisation von Menschenhandel involviert sind. Wie eine Entwicklungszusammenarbeit mit solchen Akteuren unter Einhaltung der Menschenrechte aussehen kann, bleibt offen.

Die deutsche Bundeskanzlerin sieht die Rolle Europas bei der Fluchtursachenbekämpfung auch darin, „Aufenthaltsmöglichkeiten in der Nähe der eigenen Heimat“ zu schaffen. Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals versucht die EU daher, nordafrikanische Länder wie Libyen zur Kooperation zu bewegen. Als „Aufenthaltsmöglichkeiten“ schweben der EU Zentren vor, in denen Asylanträge frühzeitig abgelehnt und Ausreisewillige abgeschreckt werden können, damit die betroffenen Menschen erst gar nicht europäischen Boden betreten. Dass

es in Libyen selbst kein Asylrecht gibt; dass Menschen, die illegal nach Libyen ein- oder ausreisen, unbegrenzt und ohne rechtsstaatliche Verfahren inhaftiert werden können und dass Folter, Misshandlungen und Lösegelderpressungen in den zahlreichen bereits vorhandenen Lagern an der Tagesordnung stehen, scheint dabei allenfalls zweitrangig. Schon lange im Fokus einer auf Migrationsverhinderung ausgerichteten Entwicklungspolitik sind westafrikanische Länder wie Senegal. Bereits vor über zehn Jahren eröffnete die EU-Grenzschutzagentur Frontex ein Büro im Senegal und sorgte dafür, dass der Seeweg nach Spanien geschlossen wurde. Bilaterale Abkommen mit Spanien und Frankreich brachten den Senegal dazu, beim „Grenzmanagement“ zu kooperieren und illegalisierte Migranten zurückzunehmen – finanziert unter anderem aus Entwicklungshilfefonds.

Auch die EU hat nun großes Interesse an einem Rückübernahmeabkommen mit dem Senegal und hofft, dass das geplante EU-Laissez-Passer-Dokument bei der senegalesischen Regierung auf Akzeptanz stößt. Damit hätte die EU die Möglichkeit, Menschen ohne Papiere in den Senegal zurückzuschicken, ohne zuvor eine senegalesische Behörde konsultieren zu müssen. Im Gegenzug sind bis zum Jahr 2020 347 Mio Euro Entwicklungshilfeszahlungen und die Bereitstellung weiterer Mittel geplant. Die Folge einer solchen „Fluchtursachenbekämpfung“ im Sinne der EU ist, dass Geld in die Taschen derer gespült wird, die gegen die Interessen ihrer eigenen Bevölkerung agieren und damit selbst Fluchtursachen schaffen. Es profitieren diejenigen, die die Fluchtwege kontrollieren. Für die Flüchtlinge und Migranten werden die Wege hingegen teurer und gefährlicher. Solange es für sie keine legalen Möglichkeiten gibt, nach Europa zu gelangen, werden sie weiterhin höchste Gefahren auf sich nehmen.

Gleichzeitig macht sich die EU selbst erpressbar: Die Bereitschaft vieler Regierungen, bei der „Fluchtursachenbekämpfung“ zu kooperieren, erkaufte sie sich teuer durch ein Wegschauen bei Menschenrechtsverletzungen und einen Verrat an den eigenen Werten. Mit den geplanten und bereits umgesetzten Maßnahmen werden weniger die tatsächlichen Ursachen von Flucht und Migration bekämpft als Flüchtlinge und Migranten selbst. Die Entwicklungspolitik verliert ihre eigentlichen Ziele aus den Augen und lässt sich zunehmend instrumentalisieren.



■ Dr. Ramona Lenz, Referentin für Flucht und Migration, medico international e.V.

Ein Ende der Gemütlichkeit!

Was treibt die Europäer immer wieder zu den Gewalt Herrschern, fragt Dr. Prinz Asfa-Wossen Asserate. Über die aktuelle Afrika-Politik und Zeichen der Hoffnung



In Äthiopien leiden die Menschen nicht zum ersten Mal unter einer verheerenden Dürre. Sind solche Katastrophen unabwendbar?

Die große Katastrophe liegt darin, dass dies seit 1974 bestimmt die zehnte große Dürrekatastrophe in Äthiopien ist. Wir lernen nicht aus unseren Fehlern. Die Art und Weise, wie wir in Äthiopien Landwirtschaft betreiben, hat sich seit Generationen nicht geändert. 40 Jahre nach der Revolution gehört dem äthiopischen Bauer sein Land noch immer nicht. Dazu kommt, dass die Regierung in den letzten sechs Jahren mehr als 1,5 Mio Hektar Land an saudische, indische und chinesische Investoren gegeben hat, die die gesamte Ernte exportieren. Während das beste Land an fremdländische Firmen verkauft wird, hungern die Äthiopier!

Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Politik der Europäer?

Die jetzige äthiopische Regierung ist der Liebling der Europäer, denn

Äthiopien ist das zweitgrößte Land des Kontinents und mit seiner Lage am Horn von Afrika geopolitisch bedeutsam. Die Europäer geben dieser rassistischen Regierung, unabhängig von der aktuellen Dürrekatastrophe, Milliardenhilfen. Das bedeutet: Was die Regierung dem eigenem Volk antut, ist den Europäern völlig egal. Die Europäer führen seit 40 Jahren eine Appeasement-Politik, die im Grunde nicht nur gegen Äthiopien, sondern gegen ganz Afrika gerichtet ist. Das ist der bedeutendste Aspekt unserer Katastrophe.

Merkel hat gesagt: „Wir haben uns in der Kolonialzeit an Afrika versündigt“.

Das ist ein wahrer Satz. Nur: Ich gehe weiter. Ich sage: Nach 1960 haben sich die Europäer mit der sogenannten Appeasement-Politik mehr versündigt als während der gesamten Kolonialzeit. Indem afrikanische Gewaltherrscher unterstützt und toleriert werden, wird dem afrikanischen Volk mehr geschadet als während all den Kolonialjahren. Es wird sich nichts ändern in Afrika, wenn die Europäer ihre Haltung nicht beenden.

Sie meinen damit auch die aktuelle Afrika-Politik der Fluchtursachenbekämpfung?

Es ist fünf vor zwölf. Der letzte Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, hat gesagt, dass über 52 Mio Jugendliche in Afrika auf dem Weg in die Maghreb-Länder sind. Natürlich gibt es vielfältige Probleme, warum Menschen aus ihrer Heimat fliehen, wie beispielsweise Bevölkerungsexplosion, Klimawandel, Landgrabbing. Doch wer sind die größten Exporteure von Migranten? Das sind die afrikanischen Gewaltherrscher, die ihren eigenen

Völkern nicht die Möglichkeit geben, in ihren eigenen Ländern ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Europäer können mit den besten Entwicklungshilfeprogrammen kommen – sie sind wirkungslos, wenn sie gute Regierungsführung und Rechtssicherheit nicht als Grundlage haben. Diese bittere Pille müssen die Europäer schlucken.

Was kann Deutschland also tun?

Diese Probleme kann die Bundesrepublik nicht alleine lösen. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Afrikapolitik. Denn die Gewaltherrscher wissen genau, wie sie ein europäisches Land gegen das andere ausspielen können. Ich frage mich: Was treibt die Europäer immer wieder zu diesen Gewaltherrschern? Ein nicht zu nennendes Mitglied der Europäischen Union in Straßburg hat mir ins Gesicht gesagt: „Aber sie geben doch zu, dass es einfacher ist, mit einer Person zu verhandeln als mit einem ganzen Parlament.“ Es scheint gemütlicher zu sein, mit einem Diktator zu sprechen als mit einem demokratisch legitimierten Parlament. Wenn das die Basis ist, müssen wir akzeptieren, dass tatsächlich Millionen von Afrikanern nach Europa kommen.

Was schlagen Sie vor?

Wir müssen aufhören, diese afrikanischen Gewaltherrscher zu verhätscheln und die Afrikaner bei ihren eigenen Worten nehmen. Die Afrikanische Union hat im Jahr 2001 beispielsweise NEPAD, ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm, beschlossen, etwas Großartiges! Vor drei Jahren, zum 50. Jahrestag der Afrikanischen Union, wurde die Agenda 2063 initiiert. Da steht alles drin: Demokratisierung, freie



Menschen fliehen aufgrund von Klimawandel, Landgrabbing, Krieg – aber insbesondere vor grausamen Diktatoren.

Marktwirtschaft, gute Regierungsführung. Es ist höchste Zeit, dass die Europäer sagen, auf dieser Grundlage wollen wir euch messen, wenn ihr das nicht einhaltet, gibt es keine Zusammenarbeit mit uns.

Die Alternative wäre, die Zusammenarbeit einzustellen?

Ja, Europa sollte sich dann ganz und gar zurückziehen. Ohne gemeinsame Werte können wir nicht zusammenarbeiten! Für die zivilisierte Menschheit gibt es Normen, Universalwerte, die wir in der UNO und der Menschenrechtsdeklaration beschlossen haben. Wir brauchen eine Norm! Wir sind bereit zu helfen, aber nur auf dieser Basis. Business as usual geht nicht.

Gibt es Hoffnung?

Ja, da gibt es den Marshallplan für Afrika von Entwicklungsminister Gerd Müller. Eine solche Maßnahme habe ich schon vor sieben Jahren verlangt und freue mich, dass dies jetzt Realität wurde. Wichtig ist dabei, dass mehr deutsche Fir-

men in Afrika investieren und diese mit Garantien wie Hermes-Bürgschaften unterstützt werden. Wir haben 420.000 global operierende deutsche Firmen, von denen sind nur 870 in Afrika vertreten. Von 54 afrikanischen Ländern haben nicht einmal 12 Länder ein Anrecht auf eine Hermes-Bürgschaft. Dafür sind mehr als 8.000 chinesische Firmen in Afrika, die 100-prozentige Staatsgarantien von China haben. Deshalb: Mehr Unterstützung für deutsche Unternehmen, damit sie in Afrika investieren können. Wir brauchen in Afrika eine Atmosphäre der Rechtssicherheit und Regierungen, die frei von Korruption sind.

Darüber hinaus sollten sich die Europäer Gedanken machen, wie man in den nächsten zehn Jahren jährlich zwischen 10 bis 20 Mio neue Jobs in Afrika schafft. Denn das sind doch die Gründe, warum Menschen fliehen: weil sie in Diktaturen unterdrückt werden und nicht frei leben können sowie die große Arbeitslosigkeit, die in einigen Ländern zwischen 50 bis 60 Prozent der Menschen, gerade Jugendliche, betrifft und sie vor die Perspektivlosigkeit stellt.

■ Dr. Prinz Asfa-Wossen Asserate, geboren 1948 in Addis Abeba, lebt seit über 45 Jahren in Deutschland. Er ist Unternehmensberater für Afrika und den Mittleren Osten, Bestsellerautor und politischer Analyst. Das Mitglied des äthiopischen Kaiserhauses hat diverse Literaturpreise erhalten und wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. (sps)



Herausforderung Migration: Asfa-Wossen Asserate prangert kenntnisreich die europäische Handelspolitik, den Agrarprotektionismus und die Zusammenarbeit der EU mit afrikanischen Diktatoren an. Er appelliert, die Politik gegenüber Afrika grundlegend zu ändern: Asfa-Wossen Asserate: Die neue Völkerwanderung. Propyläen, Berlin, 2017; 20 Euro.

Für die Rechte der Bauern weltweit

Kleinbauern fordern von den UN, ihre Menschenrechte zu schützen

80 Prozent der weltweit Hungernden leben im ländlichen Raum. 50 Prozent sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Wie kann es sein, dass ausgerechnet die Menschen hungern, die selbst Nahrungsmittel anbauen? Dieser Frage ist der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Jahr 2010 nachgegangen, nachdem ihn La Via Campesina, der internationale Verband kleinbäuerlicher Organisationen, und die Menschenrechtsorganisation FIAN auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen kleinbäuerlicher Gemeinden hingewiesen hatten.

2012 veröffentlichte der UN-Menschenrechtsrat die Ergebnisse seiner Analyse. Fünf wesentliche Gründe verursachen demnach den Hunger ländlicher Bevölkerung:

- Landenteignungen, gewaltsame Vertreibungen und Umsiedlungen
- Diskriminierung von Frauen und Mädchen
- Fehlende Agrarreformen und Förderung ländlicher Entwicklung, einschließlich ungenügender Bewässerung und Mangel an Saatgut
- Fehlende Mindestlöhne und soziale Sicherheit
- Unterdrückung und Kriminalisierung von Bewegungen, die die Rechte der ländlichen Bevölkerung verteidigen

Hunger hat also politische Gründe. Folgerichtig hat der UN-Menschenrechtsrat 2012 den Vorschlag von La Via Campesina aufgegriffen und beschlossen, die Rechte von Kleinbauern und ländlicher Bevölkerung durch eine Erklärung ihrer Rechte zu stärken. Denn Menschenrechte sind immer Rechte von Menschen gegenüber dem Staat. Eine Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrats arbeitet seitdem an dieser Erklärung. Die Basis dafür war ein Entwurf von La Via Campesina, der seither weiterentwickelt wurde. Das Besondere ist, dass die Rechteinhaber selbst die Initiative für die Erarbeitung der Erklärung ergriffen haben und sich aktiv daran beteiligen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle Regierungen, die letztlich diese Erklärung verabschieden müssen, dem Vorhaben und allen Eingaben zustimmen.

Kritiker, wie zum Beispiel viele Industriestaaten, wenden ein, dass keine neue Menschenrechtserklärung nötig sei. Die Zielgruppe sei erstens durch bestehende Menschenrechtsverträge geschützt, zweitens könne es keine Sonderrechte für einen Teil der Bevölkerung geben und drittens seien unter dem Dach der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen freiwillige Richtlinien

zum Recht auf Nahrung und zu verantwortlicher Verwaltung von Land vorhanden, die zunächst umfassend angewendet werden sollten. Doch auf diese Einwände gibt es klare Antworten. Die Realität zeigt, dass die bestehenden Menschenrechtsabkommen die ländliche Bevölkerung offenbar nicht ausreichend vor Hunger schützen. So ist es nötig, die Bedeutung bestehender Menschenrechte hinsichtlich der Lebensbedingungen und der besonderen Diskriminierungen dieser Bevölkerungsgruppe auszulegen und in einem Dokument zusammenzufassen. Darüber hinaus werden freiwillige Richtlinien oft nicht oder nur zum Teil umgesetzt, ihre Beschwerdeverfahren dauern zu lang und sind für die Betroffenen oft zu teuer.

Mitte Mai 2017 tagte die Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats zum vierten Mal. Die Bundesregierung hat bis Redaktionsschluss nicht veröffentlicht, mit welcher Position sie in die Verhandlungen gehen wird. Sie zieht sich darauf zurück, dass sie, wie bisher, mit den anderen EU-Staaten eine gemeinsame Strategie entwickeln wird, die dann gemeinsam eingebracht werden soll. Je nach Verlauf der Diskussion entscheidet sich, ob der UN-Menschenrechtsrat im September das Mandat der Arbeitsgruppe verlängern oder der bis dahin erarbeitete Entwurf zur Abstimmung gestellt wird. Die Lobbyarbeit kleinbäuerlicher Organisationen hat im Verlauf des Verfahrens Wirkung gezeigt. Während einige EU-Staaten anfangs gegen das Vorhaben gestimmt haben, haben sich bei der letzten Mandatsverlängerung im Jahr 2015 alle enthalten. Gegen den Entwurf stimmten nur die USA. Dort ist die Lobby der Agrarindustrie besonders stark.

■ Gertrud Falk, FIAN. Die Petition der Kleinbauern unterstützen: www.peasantsrights.eu

Kongress in Schwäbisch Hall

In Schwäbisch Hall fand im März der Kongress „Global Peasants Rights“ statt. Über 400 Kleinbauern, Fischer, Anwälte, Aktivisten und Regierungsvertreter aus mehr als 50 Ländern kamen zusammen. Der Kongress verdeutlichte die Bedeutung der Kleinbauern für die nachhaltige Erzeugung von Nahrung und forderte den Schutz ihrer Rechte und des indigenen Wissens. Ein wichtiges Ergebnis des Kongresses ist die „Haller Erklärung“, mit der die UN-Arbeitsgruppe für die Entwicklung einer „Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas“ unterstützt werden soll.

Der Sonne entgegen

Die sonnigen Tage genießen
– der Faire Handel hilft dabei



Radeln auf Bambus

Mit dem Bambus-Rad die Welt erobern: Der nachwachsende Rohstoff wird in Ghana geerntet. Hier stellt ein Team von Handwerkern auch den Fahrradrahmen in Handarbeit her. In Kiel werden die Rahmen lackiert und von einem Prüfinstitut getestet. Und schon kann die Fahrt losgehen. www.my-boo.de

Faires Hautöl

Pflege vor und nach dem Sonnennuss: Das vegane Öl wirkt beruhigend und aktiviert das Schutzsystem der Haut. Die After-Sun-Pflege besitzt Edelweißextrakte und Oliven- sowie Kokosöl. Vertrieben wird sie durch den Fairen Handel: www.eza.cc



Leckerei für warme Tage



Strawberry Kiss (alkoholfrei)

5 pürierte Bio-Erdbeeren
16 cl Orangensaft*
4 cl Mango Fruchtsauce*

Alle Zutaten mit Eiswürfeln in einen Shaker geben und kräftig schütteln. Absieben, in ein Longdrinkglas mit Eiswürfeln füllen und mit einer Erdbeere verzieren.

Rezept: Weltladen Retzbach, dwp
*aus Fairem Handel

Gute Figur machen

Aus Bio-Baumwolle und Elasthan sind die hübschen Bikinis des Labels Frijamina gefertigt. Die Zweiteiler tragen darüber hinaus das GOTS-Siegel und verhelfen zu einem guten Gewissen in Sachen Nachhaltigkeit.



Flip Flop

Für den Strand oder die Sauna sind sie unerlässlich: Flip Flops. Hergestellt aus Naturkautschuk aus Sri Lanka, fair und umweltfreundlich gehandelt. Zu finden beim anerkannten Weltladen-Lieferanten Ethletic. www.ethletic.com



Reisen fair erleben

Die Urlaubszeit steht bevor und viele Menschen zieht es in exotische Länder. Ein Experte gibt Tipps zum richtigen Reisen



Herr Hicks, Sie fordern von der Bundesregierung eine an den Menschenrechten ausgerichtete Tourismuspolitik. Warum?

Weil die Tourismuspolitik der Bundesregierung nur die Interessen der international agierenden Tourismuskonzerne in den Mittelpunkt stellt. Dadurch wird jedoch eine Tourismusstrategie verhindert, die sich an den Grundsätzen der Menschenrechte orientiert. Man muss wissen: Ein großer Teil der Gewinne der Tourismuskonzerne entsteht auf Kosten der Menschen in den Reiseländern. Kinderarbeit, Prostitution, Zwangsarbeit oder die Zerstörung von Lebensbedingungen für indigene Gemeinschaften sind einige Folgen der heutigen Tourismuspolitik. Die Bundesregierung muss sich endlich für die Durchsetzung von verbindlichen sozialen und ökologischen Mindeststandards in der Tourismusindustrie einsetzen, statt immer nur auf Wachstumsraten zu schießen.

Die NaturFreunde haben ein Haus im Senegal, das Besuchern offensteht. Warum diese Beziehung zum Senegal?

Im Senegal gibt es fast 15.000 NaturFreunde-Mitglieder. Am dortigen Naturfreundehaus können Gäste übernachten, es gibt aber auch eine Baumschule, in der jährlich rund 20.000 Bäume aufgezogen und im Kampf gegen die zunehmende Wüstenbildung ausgepflanzt werden. NaturFreunde aus verschiedenen europäischen Ländern arbeiten eng mit den Engagierten aus dem Senegal zusammen. Es gibt beispielsweise kommunale Klimapartnerschaften und Jugendbegegnungsprojekte. Wir sehen uns als Partner der NaturFreunde in Afrika und versuchen unter anderem, deren Forderungen in Europa zu thematisieren.

Wie sollten sich Besucher im Senegal und in anderen weit entfernten Ländern verhalten?

Unsere Senegal-Reisen führen zu Projekten, bei denen Reisende und lokale Aktivisten in Kontakt kommen und sich austauschen können. Dadurch bekommen die Reisenden ein besseres Verständnis für die Sichtweise unserer afrikanischen Partner. Klar ist aber, dass selbst solche Reisen die Lebensbedingungen der Bereisten beeinflussen. Auf diese Problematik weisen wir in den Vorbereitungstreffen hin. Das Ziel ist immer eine vorsichtige Annäherung an die Menschen mit Offenheit, Toleranz und Respekt. Gerade beim Besuch der senegalesischen Trockenregionen werben wir zum Beispiel für den sparsamen Umgang mit Wasser. Wir bitten unsere Reiseteilnehmenden auch, nur angemessene Trinkgelder zu geben oder Einheimische nicht einfach als „Statisten“ für

Reisefotos zu missbrauchen. Auch Menschen in anderen Ländern haben Persönlichkeitsrechte.

Kann Tourismus förderlich sein für ein armes Land?

Wir glauben schon. Aber es muss ein fairer Tourismus sein, das heißt, die bereiste Kultur und Natur sollte sensibel und mit Respekt behandelt werden. Es geht um Umwelt- und Klimaschutz, um faire Arbeitsbedingungen und gerechte Einkommensverteilung, um die Bewahrung der kulturellen Identität, um die Achtung der Menschenrechte und vieles mehr.

Ein Besuch im Senegal ist reizvoll. Aber: Flugreise und Nachhaltigkeit passen nicht gut zusammen, oder?

Das ist ein Widerspruch, aber das Ganze hat zwei Seiten: Zum einen ist das Fliegen mit großem Abstand die klimaschädlichste Form der Mobilität. Der Flugverkehr, der auch durch den Tourismus immer stärker wächst, trägt ganz wesentlich zum Klimawandel bei. Dazu kommt: Seine Folgen treffen die Menschen in den Ländern des globalen Südens besonders stark, obwohl sie kaum fliegen. Fliegen ist ein Klimakiller und der Klimawandel ist nicht fair. Andererseits: Für viele Regionen ist der Tourismus ein wichtiges wirtschaftliches Standbein; auch darf man den Aspekt der Völkerverständigung durch den Tourismus nicht außer Acht lassen. Wir empfehlen deshalb das bewusste Reisen: Lieber selten einen längeren Urlaub als mehrmalige Kurzaufenthalte. Und wenn eine Flugreise unvermeidlich ist, sollte der Reisende freiwillige Ausgleichszahlungen für die klimaschädlichen Emissionen seiner Flugreise leisten. Das gilt übrigens für



alle Formen der fossil angetriebenen Mobilität, die alle das Klima schädigen. Wir haben dafür einen eigenen NaturFreunde-Klimafonds, dessen Gelder in Klimaschutzprojekte investiert werden.

Wem kommt das Geld des Klimafonds zugute?

Zahlungen an unseren Klimafonds fließen zu 100 Prozent in aktuelle Klimaschutzprojekte von NaturFreunden in Afrika. Die ordnungsgemäße Verwendung der eingezahlten Gelder wird jährlich von einem Wirtschaftsprüfer geprüft. Alle Projekte wurden aufgrund von Vorschlägen der NaturFreunde vor Ort entwickelt. Zurzeit wollen unsere Partner in Gambia und Senegal 900 Obstbäume für Familien und Schulen pflanzen. Die Bäume sollen die Verschlechterung der Böden wie auch die fortschreitende Wüstenbildung stoppen. Und die Menschen vor Ort können die Früchte nutzen.



Wie erkennen Interessierte, ob ein Hotel oder Reiseunternehmen nachhaltig agiert?

So schwierig ist das eigentlich gar nicht. Entsprechende Reiseveranstalter findet man zum Beispiel über den sogenannten „Roundtable Menschenrechte im Tourismus“. Das ist ein Zusammenschluss aus Reiseunternehmen, Tourismusverbänden, Zertifizierern und Nichtregierungs-Organisationen, die sich explizit zu ihrer menschenrechtlichen Verantwortung bekennen. Mitglieder sind zum Beispiel das Forum anders reisen und unser Dachverband, die NaturFreunde International. Auch Siegel oder Label bieten Orientierung. Reisende sollten immer mitdenken: Verschlechtere ich durch mein Tun die Chancen von kommenden Generationen? Ja? Dann kann es nicht nachhaltig sein.



■ Uwe Hirsch, Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands und Koordinator des Arbeitskreises Internationales der NaturFreunde Berlin.

Reisen soll für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Die NaturFreunde engagieren sich für einen sanften Tourismus, unter anderem im Senegal.



Inhabergeführte Unterkünfte bieten viele Vorteile.

Tipps für faires Reisen

Über das richtige Verhalten gegenüber Mensch und Umwelt

- >>> Gute Vorbereitung ist das A und O. Informieren Sie sich vor Ihrer Reise über die landesüblichen Gesten zur Begrüßung, Verabschiedung und Bedankung sowie über kulturelle Hintergründe; z. B. auf www.fairunterwegs.org oder in den „Sympthiemagazinen“ >>>
- >>> Bevorzugen Sie kleine, inhabergeführte Unterkünfte – da ist nicht nur eine persönliche Betreuung gewährleistet, das Geld kommt auch bei den Menschen im Land an. >>>
- >>> Vermeiden Sie in Regionen mit Wasserknappheit Hotels mit großen Poolanlagen und Golfplätzen. >>>
- >>> Sehen Sie nicht weg – zeigen Sie

Zivilcourage! Unterstützen Sie den Kampf gegen sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern, indem Sie jegliche Beobachtungen oder auch nur ein ungutes Gefühl auf www.nicht-wegsehen.net melden. >>>

>>> Nutzen Sie vor Ort Taxis, Rikschas, Tuk Tuks oder andere landestypische Fortbewegungsmittel. So unterstützen Sie nicht nur lokale Strukturen, sondern erfahren ganz nebenbei bestimmt auch noch den einen oder anderen Geheimtipp. >>>

>>> Pflücken Sie im Wald keine Pflanzen, da diese Teil eines ausgeklügelten Ökosystems sind. >>>

>>> Wenn Sie spenden möchten, wählen Sie anerkannte Hilfsprojekte aus, damit das Geld auch dort ankommt, wo es wirklich ankommen soll. Mit Geldspenden an bettelnde Kinder hilft man diesen meist nicht.

Weitere Tipps: www.forumandersreisen.de

Forum anders reisen

Nachhaltiger Tourismus eint die Reiseveranstalter, die sich im „forum anders reisen“ zusammengeschlossen haben. Die Mitglieder verpflichten sich zur Einhaltung eines Kriterienkatalogs, der ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen einer Reise beinhaltet. Alle Mitglieder im forum anders reisen verpflichten sich zu einem einheitlichen und verbindlichen CSR-Prozess.



Buchtipp

Das Handbuch gibt Antworten auf alle Fragen zum nachhaltigen Reisen. Umfassend, gut strukturiert und sorgsam recherchiert ist es ein Muss für jeden Reisenden. FAIR-reisen, Frank Herrmann, oekom, München, 19,95 Euro.



Die NaturFreunde

Die NaturFreunde sind ein politischer Freizeitverband mit den Schwerpunkten Umweltschutz, sanfter Tourismus, Sport und Kultur. Sie betreiben 700 Naturfreundehäuser weltweit. Diese stehen allen Menschen offen, Mitglieder erhalten Ermäßigungen.

Visionen zur Wahl

Weltläden in ganz Deutschland starteten im Mai eine politische Kampagne. Mitmachen ist erwünscht

2017 ist ein entscheidendes Wahljahr in Deutschland, denn am 24. September wird der Bundestag neu gewählt. Angesichts zunehmender fremdenfeindlicher Tendenzen und wachsender sozialer Ungleichheit sind viele Menschen besorgt über die zukünftige Entwicklung in Deutschland. Umso wichtiger sind positive Visionen, die alle Menschen einschließen sowie entsprechende Maßnahmen zu deren Umsetzung.

Die Fair-Handels-Bewegung teilt seit jeher die Vision einer Welt, in der Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung den Kern der Handelsstrukturen und -praktiken bilden, so dass alle Beteiligten durch ihre Arbeit einen angemessenen und würdigen Lebensstandard halten und ihr Potential entfalten können. Der Faire Handel verbindet mit dieser Vision Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Im Hinblick auf die Bundestagswahl haben das Forum Fairer Handel und der Weltladen-Dachverband drei Visionen des Fairen Handels für die Zukunft formuliert. Die Visionen sind ein Entwurf eines menschenwürdigen Lebens für alle – egal in welchem Teil der Welt. Dabei geht es nicht um romantische Träumereien, sondern um Zukunftsbilder, denen man in den nächsten vier Jahren mit konkreten politischen Maßnahmen näher kommen kann – wenn der Wille vorhanden ist. Unsere Visionen:

- **Faire Arbeitsbedingungen weltweit!**
Alle Menschen können weltweit in Würde arbeiten und sich dadurch einen guten Lebensstandard leisten.
- **Bäuerliche Landwirtschaft, die alle Menschen ernährt!**
Die Landwirtschaft kann uns alle nachhaltig und ökologisch ernähren und ermöglicht den Bäuerinnen und Bauern weltweit ein gutes Auskommen.
- **Menschenwürdiger Umgang mit allen!**
Wir sind eine weltoffene, solidarische Gesellschaft, die lebenswerte Perspektiven für Schutzsuchende bietet und in der Rassismus und Diskriminierung keinen Platz haben.

Die politische Kampagnen-Aktion startete mit dem Weltladentag am 13. Mai. In den nächsten Monaten werden hunderte Weltläden in ganz Deutschland und weitere Fair-Handels-Akteure mit möglichst vielen Menschen

über die Zukunftsvisionen des Fairen Handels sprechen. Gleichzeitig werden sie die politischen Anliegen des Fairen Handels bei den Kandidaten für die Bundestagswahl bekannt machen und herausfinden, ob diese sich in den nächsten vier Jahren für die Verwirklichung der Visionen einsetzen wollen. Postkarten, Faltblätter und ein Forderungspapier sollen helfen, die Visionen des Fairen Handels bekannt zu machen und laden Engagierte ein, sich zu beteiligen. Und im Kampagnen-Video fragt der 8-jährige Kim (www.youtu.be/F19F0VX3dR4) bei „Frau Bundesregierung“ nach Unterstützung bei der Verwirklichung der Visionen.

■ Anna Hirt, Weltladen-Dachverband



Bitte teilen: Kims Wünsche an "Frau Bundesregierung".

Forderungen des Fairen Handels

Die politischen Forderungen der Weltläden und des Forum Fairer Handel zur Bundestagswahl 2017:

- Arbeits- und Menschenrechte weltweit schützen
- Fairer Handel statt Freihandel
- Faire Beschaffung zum Standard machen
- Entwicklungspolitik muss Kleinbauern fördern
- Eine Agrarpolitik, die eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft fördert
- Konzernmacht eindämmen und unfaire Handelspraktiken verbieten
- Eine humane und integrative Asylpolitik mit fairen Asylverfahren
- Ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben für Geflüchtete
- Ein gutes Zusammenleben ohne Rassismus und Diskriminierung fördern.

Mehr Informationen zur Kampagne sowie Möglichkeiten, sich zu beteiligen, gibt es in vielen Weltläden und unter www.forum-fairer-handel.de/kampagne

Keine Vorurteile, bitte!

Oft bestimmen falsche Vorstellungen die Diskussionen zum Thema Asyl: Mit Fakten gegen Vorurteile

„Wir können doch nicht alle Probleme dieser Welt lösen!“

Richtig ist: Wir sind mitverantwortlich für die Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben.

Die Politik der westlichen Industriestaaten ist nicht an allem schuld. Aber: In einer Welt, in der global gehandelt und Politik gemacht wird, ist nicht zu leugnen, dass wir mitverantwortlich für die Bedingungen sind, die Menschen in die Flucht treiben. Drei Beispiele:

1. Die europäischen Regierungen haben im Lauf der Geschichte permanent unterdrückerische Regime und Gewaltherrschaften gestützt: Etwa, um sie bei der Flüchtlingsabwehr einzuspannen, wie das bei Gaddafi in Libyen und Ben Ali in Tunesien der Fall war. Auch die Regime Saddam Husseins im Irak und Assads in Syrien wurden lange vom Westen hofiert. Auch heute machen westliche Staaten gemeinsame Sache mit Despoten.

2. Beim Handel sitzen die Industriestaaten stets am längeren Hebel. Beispiel: Die Fischereiabkommen der EU mit afrikanischen Küstenstaaten wie Mauretanien haben dafür gesorgt, dass große EU-Trawler das Meer leerfischen und die einheimischen Fischer die Lebensgrundlage ihrer Familien verlieren.

3. Den CO₂-Ausstoß verursachen vor allem Industrie- und Schwellenstaaten. Die dramatischen Folgen

des Klimawandels treffen dagegen die Bevölkerungen in besonders armen Gegenden. Experten wie der Weltklimarat haben keinen Zweifel daran, dass in Zukunft viele Millionen Menschen infolge von Klimaveränderungen fliehen werden.

Wir können nicht so tun, als ginge uns das Schicksal von Flüchtlingen nichts an. Ohne eine konsequentere Menschenrechts- und Umweltpolitik Europas und ohne gerechtere Weltwirtschaftsbedingungen wird die Zahl der Flüchtlinge nicht geringer werden.

„Hier ist kein Platz mehr für Flüchtlinge!“

Richtig ist: Mit vernünftiger Planung könnten wir viel mehr Menschen aufnehmen.

2015 benötigten mehr Asylsuchende denn je ein Dach über dem Kopf. Haben wir nicht genug Platz? Zur Dramatisierung gibt es keinen Grund: Deutschland hat 80 Millionen Einwohner und ist ein großes, reiches Land. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist keine Platzfrage, sondern eine Frage der Organisation und des guten Willens. Dass es zu wenige Unterkünfte gibt, liegt auch daran, dass bei sinkenden Flüchtlingszahlen in der Vergangenheit vielerorts Unterkünfte dichtgemacht und Strukturen abgebaut wurden. Die Verwaltungen haben zu spät reagiert, als absehbar wurde, dass wieder mehr Menschen kommen würden. Zum Problem gehören auch der Abbau des sozialen Wohnungsbaus und der (Aus-)Verkauf städtischer Immobilien.

Gut aufgestellte Kommunen entwickeln Konzepte, die für Flüchtlinge wie Gesellschaft langfristig akzeptable Lösungen darstellen. Sie suchen

kontinuierlich private Vermieter und gewährleisten ein Umzugsmanagement (wie beispielsweise die Stadt Bremen). Sie informieren die lokale Bevölkerung über Planungen rechtzeitig und beziehen Anwohner frühzeitig ein. Dort, wo die lokalen Behörden auf Großunterkünfte und Alarmismus verzichten, kann der Prozess gut gelingen.

„Durch Zuwanderung geht die deutsche Kultur zugrunde!“

Richtig ist: „Überfremdet“ sind wir schon immer.

Eigentlich kommen wir alle aus Afrika. Menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration. Die sogenannte „Völkerwanderung“ war tatsächlich ein gigantischer Prozess der Vermischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Das ist in der Geschichte der Normalfall. Migrantinnen und Migranten waren schon immer da. Das „reine deutsche Volk“ oder die „deutsche Kultur“ ist schon immer eine Erfindung gewesen. Irgendwann werden aus Zugewanderten Einheimische. Wenn die ehemals „Fremden“ eine Weile da sind, sind sie nicht mehr fremd. Und wo lange niemand mehr dazukommt, entsteht der Eindruck, man sei schon immer „unter sich“. Daher ist auch nicht verwunderlich, dass Menschen gerade in solchen Gegenden mehr Angst vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ haben, wo statistisch gesehen die wenigsten „Ausländer“ leben. Wo Menschen dagegen im Alltag permanent mit Migrantinnen und Migranten in Kontakt kommen, herrscht dagegen eher Gelassenheit und Normalität.



„Die kommen alle nach Deutschland“

Richtig ist: Nach Deutschland kommen mal mehr, mal weniger Asylsuchende.

Hierzulande glauben viele, alle Flüchtlinge wären auf dem Weg nach Deutschland. Doch die Staaten, in denen sich weltweit die meisten Flüchtlinge aufhalten, heißen Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, Äthiopien und Jordanien. Die oft genannte Zahl von über 1 Million nach Deutschland eingereisten Asylsuchenden für 2015 wurde zwischenzeitlich korrigiert: auf rund 890.000 Personen, da es viele Mehrfachregistrierungen und Weiterreisen gab. Im Jahr 2016 wurden in Deutschland rund 280.000 ankommende Asylsuchende gezählt. Dass die Asylanzahl im Jahr 2016 dennoch höher waren als 2015, liegt daran, dass viele der bereits 2015 registrierten Menschen erst im Folgejahr ihren Asylantrag stellen konnten.

Keine Frage: Für Flüchtlinge gibt es gute Gründe, hierherzukommen. Deutschland hat eine gefestigte Demokratie und eine starke Wirtschaft, politische und religiöse Freiheiten. Asyl- und sozialrechtliche Regelungen sind nach Forschungserkenntnissen jedoch nicht generell entscheidend für die Zielwahl.

Eine wichtige Rolle spielt, wo Verwandte oder Communities sind. So suchen zum Beispiel viele Syrer in Deutschland Schutz, weil hier bereits vor Ausbruch des Krieges über 30.000 syrische Staatsangehörige und zudem Deutsche syrischer Herkunft lebten.

Für das wirtschaftlich starke Deutschland mit einer Bevölkerung von über 80 Millionen Menschen ist die gestiegene Zahl der Asylsuchenden kein Grund zur Panik. Nach 1993 war die Zahl viele Jahre lang

gesunken, 2007 erreichte sie einen historischen Tiefstand, im Jahr 2015 einen Höchststand – und seither geht sie wieder zurück.

„Das können wir uns nicht leisten“

Richtig ist: Menschenrechte zu beachten kostet Geld. Und das können wir uns leisten. Zudem können Flüchtlinge viel leisten – wenn man sie lässt.

Flüchtlinge zu schützen ist eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, die keiner Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen darf. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und andere Regelungen, die zum Flüchtlingsschutz verpflichten, wurden als Reaktion auf die Grausamkeiten des Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkriegs geschaffen. Wer diese Rechte in Frage stellt, stellt die Grundlagen unseres Rechtsstaats in Frage.

Im Übrigen ist es kurzsichtig und falsch, Flüchtlinge vor allem als finanzielle Belastung zu sehen. Manche Gewaltopfer, kranke oder traumatisierte Flüchtlinge sind langfristig auf Unterstützung angewiesen. Ihnen zu helfen ist ein Gebot der Humanität. Viele andere sind tatkräftig, motiviert und qualifiziert, wollen lernen und arbeiten. So werden aus Hilfebedürftigen mit der Zeit Steuerzahler. Mit ihnen wachsen Kinder – über deren Mangel in Deutschland oft geklagt wird – in diese Gesellschaft hinein.

„Wir sollten uns lieber um unsere eigenen Armen kümmern!“

Richtig ist: Das Problem der Armen ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands.

Sind Flüchtlinge arbeitslos, klagen viele über die Sozialhilfekosten, die man ja irgendwie mitbezahlt. Sind sie es nicht, fürchten sie die Konkurrenz um Arbeitsplätze. Dabei ist die Angst, dass Flüchtlinge der Wohnbevölkerung die Arbeitsplätze wegnähmen, unbegründet: Forscher, die den Zusammenhang von Zuwanderung und lokaler Arbeitslosigkeit untersucht haben, fanden keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkterfolg von Einheimischen.

Auch die Rechnung, dass die Versorgung von Flüchtlingen Arme noch ärmer mache, geht nicht auf: Kämen tatsächlich weniger Flüchtlinge, bekäme ein arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger nicht einen Cent mehr, geringe Löhne würden deshalb nicht steigen und Mittelständler hätten nicht weniger Angst vor dem sozialen Absturz. Hinter diesen Sorgen steht nämlich ein anderes Problem: die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Geld ist genug da – würde es zum Nutzen aller Menschen in Deutschland gerechter verteilt, könnten alle angstfrei und menschenwürdig leben. Über wachsende Ungleichheit kann man sich zu Recht zu beschweren – Flüchtlinge allerdings beeinflussen diese Zustände am allerwenigsten.

■ Pro Asyl, Frankfurt, Weitere Fakten gegen Vorurteile sind zu finden unter: www.proasyl.de

Unsere Agenda

Mitmachen erwünscht: Wir füllen die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit Leben

Am 22. April war es soweit: Das Team des DEAB startete auf der Messe Fair Handeln die Veranstaltungsreihe „17 Ziele an 17 Orten“. Hintergrund ist die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde und am 1. Januar 2016 in Kraft trat. Ihr Kernstück sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals, SDGs. Im Gegensatz zur früheren „Millenniums-Agenda“ sollen diese Ziele für alle Länder und Regionen gelten – auch für die reichen Industriestaaten. „Wir suchten nach Möglichkeiten, die Agenda 2030 und ihr Kernstück, die Globalen Nachhaltigkeitsziele, SDGs, bekannt zu machen und zum Diskurs über ihre Umsetzung anzuregen“, so Gundula Büker, DEAB. Die Themen der Agenda sind – vor allem in der Entwicklungspolitik – nicht neu. Gerade deswegen bietet sich hier, so Büker, eine gute Gelegenheit, die definierten Themen aufzugreifen und zu konkretisieren. Das Ergebnis der Überlegungen präsentierten die Promotoren auf der Messe Fair Handeln: Die Veranstaltungsreihe „17 Ziele an 17 Orten – die Globalen Nachhaltigkeitsziele in Baden-Württemberg“. Die Aktiven des Eine Welt-Promotorenprogramms werden in den kommenden Monaten je eines der SDGs in den Mittelpunkt einer Veranstaltung stellen. Das geschieht auf ganz unterschiedliche Weise, z. B. in einer Podiumsdiskussion, einem Aktionstag zum Thema Wasser, einer kreativen Aktion zur „Stadtentwicklung“, einem von Studierenden gestalteten „Postwachstums-Tag“ oder einem Plakatwettbewerb zum Thema Armut.

Bei der Durchführung der Veranstaltungen kooperieren die Aktiven des Promotorenprogramms mit regionalen Akteuren aus Jugendinitiativen, Bildungseinrichtungen, Kommunen u. a. Jung und Alt, Experten und Laien, alle sind eingeladen, über eine nachhaltige, global gerechte und inklusive Gestaltung der Welt nachzudenken und sich bei der Umsetzung der Ziele tatkräftig einzubringen. Die Promotoren informieren, motivieren zum Nachdenken und machen Lust, aktiv zu werden. In den kommenden Monaten haben Interessierte damit die Möglichkeit, sich auf vielfältige Weise mit den Zielen der Agenda auseinanderzusetzen. Begleitet werden die Veranstaltungen von einer Wanderausstellung und einer Broschüre. Das Finale der Reihe wird auf der Bundesgartenschau im April 2019 stattfinden. Eine Übersicht über alle Veranstaltungen: www.deab.de (Promotor*innen-Programm).



Alle Globalen Nachhaltigkeitsziele werden in der Reihe "17 Ziele an 17 Orten" thematisiert.

Nachgefragt

Herr Vaas, das Thema „Fluchtursachen bekämpfen“ erörtern Sie mit Experten im Rahmen einer Veranstaltungsreihe. Welches Resümee ziehen Sie daraus?

Bei der Diskussion wurde deutlich, dass an ganz unterschiedlichen Hebeln ange-setzt werden muss und kann, damit sich Menschen nicht auf die weite und gefährliche Reise ins Ungewisse machen müssen. So ist ein wichtiger Faktor die Beendigung von kriegerischen Auseinandersetzungen, die durch deutsche Waffenexporte noch geschürt werden. Außerdem müssen die Anstrengungen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit drastisch ausgebaut werden, um den Menschen in den Ländern des Südens eine Perspektive zu geben. Wichtig ist aber auch, dass wir in den reichen Ländern des Nordens unseren Lebensstil überdenken und für faire Handelsbeziehungen sorgen. Auch der Klimawandel wird primär im Norden verursacht, während die Menschen im Süden unter den Folgen leiden und zunehmend auch wegen Klimaveränderungen aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Was können wir in Deutschland tun?

Lassen Sie mich das an „unserem“ Thema Textilien darstellen: Trotz der scheinbar gestiegenen Sensibilität bei uns, steigt der Kleiderkonsum weiterhin stark an. Kleidung wird bei vielen Verbrauchern zur Wegwerfware. Das heißt: Wir produzieren mit hohen ökologischen Kosten und unter Ausbeutung von Arbeiterinnen in Ländern wie Bangladesch Kleidung, die dann nur ein paar Mal getragen wird. Damit schaffen wir direkt und indirekt Fluchtursachen. Wir sollten deshalb auch im Textilbereich unseren Konsum überdenken und den Fairen Handel fördern, der über die Etablierung und Stärkung von Genossenschaften die Lebensbedingungen vor Ort deutlich verbessert. Damit dies gelingen kann, muss die Politik aber auch die Weichen richtig stellen. Das sind keine Fragen, die alleine die Verbraucher entscheiden werden.

■ Interview mit Anton Vaas,
Vorstand Aktion Hoffnung

Termine

Tübingen

bis 27. Juni: Ausstellung. Vom Chininbaum zur Ebola-Impfung – Eine Reise durch 100 Jahre Tropenmedizin zur Gesundheit in der Einen Welt. Ort: Wandelhalle im Bonatzbau der Universitätsbibliothek, Eberhard Karls Universität.

Neu-Ulm

13. Juni, 20 Uhr: Vortrag: Mit Oikocredit in Menschen investieren – Soziale Geldanlagen FAIRändern die Welt. Ort: Johanneshaus

Bad Hersfeld

16. bis 17. Juni: Weltladen-Fachtag

Frankfurt

16. Juni: Multiplikatoren-Konferenz. Rüstung und Frieden. Ort: DGB Haus, Anmeldung bis 9. Juni: Roland Blach. DFG-VK, ba-wue@dfg-vk.de

Stuttgart

23. Juni, 17 Uhr: Geburtstagsfest. 25 Jahre Poema. Ort: Haus des Waldes, Degerloch

Aalen

26. Juni, 19 Uhr: Vortrag über EPAs, Freihandelsabkommen zwischen europäischen und afrikanischen Ländern, mit Dr. Boniface Mabanza. Ort: Paul-Ulmschneider-Saal, www.weltladen-aalen.de

Pfullingen

30. Juni, 20 Uhr: Vortrag. Investieren in Gutes Leben - Oikocredit in Ecuador. Ort: Paul-Gerhardt-Haus, Marktplatz 2

Rust

6. Juli, 11 Uhr: Jugendforum zur Entwicklungspolitik. Wir denken global – und handeln lokal! Workshops zu Fragen der Globalisierung, der weltweiten Gerechtigkeit und nachhaltigen Lebensweise. Teilnahme sowie der Eintritt in den Europa-Park sind kostenlos. Maria Gießmann, Tel. 07 11.2 10 29-20, giessmann@sez.de

Bad Boll

7. bis 8. Juli: Freihandelsabkommen. Lediglich eine harmlose Handelsregulierung? Ort: Ev. Akademie Bad Boll. Tagungsgebühr 40 Euro. www.ev-akademie-boll.de

Bad Boll

13. Juli: Auf zu neuen Ufern. Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020. Ort: Ev. Akademie Bad Boll. www.ev-akademie-boll.de

Schwäbisch Hall

23. September, 10.30 Uhr: Erste Gmünder Tafel – regional und fair. Mit Ostalb-Kaffee und einem vierzig Meter langen Hefezopf. Flüchtlinge bieten Speisen an. Mit Unterhaltungsprogramm und einer spannenden Wette.

Bundesweit

15. bis 29. September: Faire Woche 2017. Motto: Fairer Handel schafft Perspektiven.

Stuttgart

27. September: DEAB: Faire Kaffeepause im Landtag.

Stuttgart

11. Oktober: Iberoamerikanische Kulturtag. Ort: Hospitalhof, Lechlersaal.

Reisen

Persien

7. bis 21. Oktober 2017
Von Kyros zum Atomabkommen. Von der Wüste zum Kaspischen Meer. Eine kulturelle, historische, theologische und politische Reise durch Persien. Reisepreis: 2 860 Euro.

Kontakt: Helmut und Ilse Falkenstörfer, Tel. 0 71 81.6 43 99; ihd.falkenstoerfer@t-online.de

Sambia

14. bis 29. August 2017
Projekt- und Begegnungsreise nach Sambia mit Abstechern nach Simbabwe und Botswana. Auf den Spuren von Dr. David Livingstone. Reisepreis: ca. 2490 Euro.

Uganda

10. bis 25. November 2017.
Fair-Trade-Reise mit Projektbesuchen. Reisepreis: ca. 2190 Euro

Sansibar-Uganda

12. bis 27. November.
In Sansibar: Naturpark, Stonetown, Strand, Bootsfahrt. In Uganda Projektbesuche u. a. Reisepreis: ca. 2.460 Euro.

Kontakt: Gertrud Schweizer-Ehrler, Tel: 76 33.8 21 50, www.tugende.org

Südafrika

25. Oktober bis 7. November 2017
Von Kapstadt entlang der Garden Route. Reisepreis: ca. 2.995 Euro

Anmeldung bis 25. Juli: ReiseMission – ökumenisch & weltweit, www.reisemission-leipzig.de



Sommerfestival der Kulturen

11. bis 16. Juli: Stuttgart
Das Open-Air-Festival auf dem Stuttgarter Marktplatz lädt zum Feiern ein.
www.sommerfestival-der-kulturen.de

Afrika Festivals

3. Juni bis 3. Juli: **Heidelberg/Mannheim**; www.afrikatage.de

7. bis 9. Juli: **Stuttgart**
www.afrikafestival-stuttgart.de

13. bis 16. Juli: **Karlsruhe**
www.africansummerfestival.de

28. bis 30. Juli: **Böblingen**
www.afrika-festival-boeblingen.de

28. bis 30. Juli: **Rammingen**
www.afrikafestival-rammingen.jimdo.com

4. bis 6. August: **Emmendingen**
www.festival.afrikaba.com



17 Ziele an 17 Orten

Die Agenda 2030 mit Leben füllen.

Reutlingen, 13. Oktober
Kongress „Bildung - global und lokal, gerecht und gut“

SDG 4, Hochwertige Bildung:
Landesweiter Kongress zum Thema „Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen für alle“. Das Programm ist interaktiv und vielfältig mit einem Stadtspiel, Workshops, dem Markt der Möglichkeiten sowie einem Kinoevent.

Sigrid Schell-Straub, Fachpromotorin für Globales Lernen/Qualifizierung und Beratung.
www.deab.de.

Aktuelles

Protest gegen Studiengebühren

Zum Sommersemester 2017 haben sich an baden-württembergischen Hochschulen deutlich weniger ausländische Studierende aus Drittstaaten eingeschrieben als erwartet. „Die Abstimmung mit den Füßen hat bereits eingesetzt und die Rechnung von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer mit Mehreinnahmen in Höhe von bis zu 43 Mio Euro wird sich als Luftbuchung herausstellen“, so Dr. Kam-biz Ghawami, World University Service. Hintergrund ist der Beschluss des Landes Baden-Württemberg, Studiengebühren für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten in Höhe von 1.500 Euro pro Semester ab dem Wintersemester 2017/18 einzuführen. Der DEAB bekannte sich frühzeitig gegen diese Maßnahme: „Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, ist der Beitrag von Studierenden aus den sogenannten Entwicklungsländern, die die größte Gruppe dieser Nicht-EU-Ausländer stellen, für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit, für die Internationalisierung und für ein gutes Zusammenleben der Kulturen von hoher Bedeutung“, so Claudia Duppel, Geschäftsführerin des DEAB. In einer

öffentlichen Anhörung des Landtags am 15. März sprachen sich Vertreterinnen des DEAB noch einmal gegen diese Gebühren aus. Auch Studierende, Experten der Hochschulen, Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Verbänden protestierten gegen das Vorhaben. Anfang Mai wurde das Gesetz dennoch verabschiedet.

Kohleimporte stoppen!

Anlässlich der Hauptversammlung des Energiekonzerns EnBW Anfang Mai forderten das Hilfswerk MISEREOR und die Organisation Urgewald den Konzern auf, dem Beispiel europäischer Konkurrenten zu folgen und die Geschäftsbeziehungen mit den umstrittenen Lieferanten Drummond (USA) und Prodeco/Glencore (Schweiz) zu unterbrechen. Den Lieferanten werden massive Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien vorgeworfen. (siehe Südzeit 72). Der italienische Energieversorger Enel hatte zuvor bestätigt, die Steinkohle-Importe dieser Unternehmen aus der kolumbianischen Region Cesar auszusetzen.

Neues von der Handy-Aktion

Die „Handy-Aktion – fragen, durchblicken, nachhaltig handeln!“ hat zum Ziel über die Herstellung der Handys und ihrer Rohstoffe aufzuklären sowie ge-



Die Handy-Aktion geht weiter.

brauchte Geräte zu sammeln. Bis jetzt wurden fast 40.000 Altgeräte u. a. in Weltläden, Schulen, Kirchengemeinden gesammelt. Im Mai 2017 ging die Kampagne in die zweite Phase, als Kooperationsprojekt zwischen Organisationen aus Kirche und Zivilgesellschaft, der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg verortet im Umweltministerium und der Deutschen Telekom Technik GmbH. www.handy-aktion.de

Global Eyes 2017

Im Mai fand der 4. Kongress „Global Eyes – Augen auf für eine zukunftsfähige Welt“ statt. Schüler ab Klasse 7 informierten sich über Themen rund um eine zukunftsfähige Welt. Sie beschäftigten sich mit Aspekten wie Fairer Handel, Flucht und Migration, Klimawandel, nachhaltiger Konsum. Auf dem Bildungsmarkt

Richtig gut angelegt!

Mit Ihrem Geld...



...Kleinunternehmerinnen in Kenia oder Kleinbauernfamilien in Peru höhere Einkommen sichern. Soziale Geldanlage für Bio-Landbau, erneuerbare Energien und bessere Zukunftsperspektiven - weltweit. Ab 200 €.

Geld anlegen, etwas bewegen.

Tel. 0711 12 00 05-0
www.oikocredit.de



Zu Gast bei indigenen Völkern und Nomaden




Das TourCert Siegel zeichnet uns für nachhaltigen Tourismus aus.

Kia Ora-Reisen, Freiburg/Au • www.kia-ora-reisen.de
 Individuelle Beratung und Buchung:
 Gudrun Wippel • +49 (0)761 47 74 323 • +49 (0)172 32 27 404
mail@kia-ora-reisen.de

hatten sie darüber hinaus Möglichkeiten, sich mit Vertretern zahlreicher Initiativen auszutauschen und zu vernetzen. Veranstalter waren die Ulmer Volkshochschule und der DEAB, in Kooperation mit der Stadt Ulm und dem Haus der Begegnung. www.global-eyes-bw.de

Praxisworkshops

Zahlreiche eintägige Praxisworkshops können entwicklungspolitisch Engagierte in den kommenden Monaten besuchen. Angeboten werden Workshops zu Themen wie Projektentwicklung, Projektmanagement, Moderation, Kampagnen, Storytelling u. a. www.deab.de

Nachhaltigkeit im Mittelpunkt

Die Bundesregierung hat vier „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien – RENN“ eingerichtet. Sie sollen Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft mit Bezug zur Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes, der Länder und Kommunen künftig besser vernetzen. Die Stelle RENN.süd wurde beim Nachhaltigkeitsbüro der LUBW angesiedelt. Das Dachthema lautet „Nachhaltig leben“. Die Auftaktveranstaltung fand im März in Ulm statt. Zahlreiche Initiativen tauschten sich aus u.a. zu Themen wie Suffizienz, Kleidung, Urban Gardening oder ProMehrweg.



Menschen jeden Alters erzählten in Fellbach ihre Geschichte von Flucht und Vertreibung.

Fellbacher Fluchtgeschichten

Das Thema Flucht vereint die Generationen. Die Ausstellung „Fellbacher Fluchtgeschichten“ porträtiert Senioren, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben sowie Menschen, die vor wenigen Jahren oder einigen Monaten nach Fellbach gekommen sind.

Der Ausstellung vorausgegangen ist eine Gesprächsreihe, bei der die Porträtierten ihre Fluchtgeschichten in Altenhilfeeinrichtungen erzählten. Deutlich wurde, dass die Erfahrungen, gleichgültig ob Flucht oder Vertreibung, einander gleichen. Der Verlust der Heimat ist immer

schmerzhaft und der Neuanfang nie einfach. Die Ausstellung ist noch bis 18. Juni im Fellbacher Rathaus zu sehen. Die Wanderausstellung steht dann zur Ausleihe zur Verfügung. www.fellbach.de

Wieder Protest vor BASF

Auch im fünften Jahr nach dem Massaker an den Bergleuten von Marikana (s. Südzeit 71) hat BASF sich geweigert, Reparationszahlungen zu leisten. Und nach wie vor leben die Arbeiter in Slums unter miserablen Bedingungen, so der Dachverband Kritische Aktionäre. BASF bezieht aus Marikana Platinmetalle, die für die Herstellung von Katalysatoren nötig sind. Anlässlich der Aktionärsversammlung Mitte Mai gedachte das südafrikanisch-europäische Kampagnenbündnis PLOUGH BACK THE FRUITS der 34 getöteten Bergleute mit einer Mahnwache.

Publikation Fluchtursachen

Die sogenannte „europäische Flüchtlingskrise“ hat zu einer Aufwertung der Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in Politik und Öffentlichkeit geführt. Mit den Folgen beschäftigt sich der Band: Sangmeister, Hartmut/Wagner, Heike (Hrsg.): Verändert die europäische Flüchtlingskrise die Entwicklungszusammenarbeit? Baden-Baden: Nomos.

ECHE ERLEBNISSE

REISEN MIT SINNEN

**ECHE ERLEBNISSE
ECHE BEGEGNUNGEN
ECHTES LEBEN
ECHT FAIR**

INFO@REISENMITSINNEN.DE
0049 (0)231 589 792-0

WWW.REISENMITSINNEN.DE

nachdenken • klimabewusst reisen
atmosfair

TourGart

FORUM
AIDERS
REISEN

Fairer Handel



Fotoaktion: Staatssekretärin Theresa Schopper.

DEAB auf der Messe Fair Handeln

Endlich war es soweit: Auf der Messe Fair Handeln im April eröffnete der Dachverband Baden-Württemberg, DEAB, seine Veranstaltungsreihe „17 Ziele an 17 Orten“. Gemeinsam mit Staatssekretärin Theresa Schopper stellte das DEAB-Team die Bedeutung der 17 Nachhaltigkeitsziele, SDGs, vor und präsentierte die dazugehörige Ausstellung. Viel Spaß hatten die Messebesucher bei den Aktionen zu den SDGs, die der DEAB mit der Jugendinitiative der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg entwickelt hatte. Ein weiteres Highlight war die „Selfie-Wand-Fotoaktion“ des DEAB, vor der sich mehr als 600 Messebesucher zum Fairen Handel positionierten. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Landeskonferenz 2017 „Welt:Bürger gefragt!“ wurden außerdem mit starker DEAB-Beteiligung Workshops angeboten zu den Themen Rohstoffe und Menschenrechte. Auch die Kunst kam nicht zu kurz: Auf der vom DEAB mitorganisierten „Aller Welt Bühne“ fand der 2. landesweite entwicklungspolitische Kulturwettbewerb statt – inklusive spektakulärer Auftritte der Preisträger „Mladost“ und den „Flamekeepers“.

Bildungsarbeit im Fairen Handel

Der Kurs „Mit Bildung mehr erreichen! Intensiv“ richtet sich an Bildungsaktive der Weltläden und an Multiplikatoren des Globalen Lernens. Er beginnt im September. An drei Terminen bekommen die Teilnehmenden einen Einblick in aktuelle Themen der Bildungsarbeit im Fairen Handel sowie die Möglichkeit, ein eigenes

Projekt zu planen und umzusetzen. Ort: Kassel. Informationen: www.weltladen-akademie.de/bildungsarbeit-intensiv

Sport ganz fair

Ein Banner mit der Aufschrift „Fair Trade. Fair Play. Wir sind dabei.“ begleitet seit einigen Wochen die Spiele der erfolgreichen Volleyballer vom ASV Botnang. Der Eine-Welt-Verein Pachamama /Weltladen Botnang bedankt sich dafür, dass die Mannschaft sich nicht nur zum Fair Play, sondern auch zum Fairen Handel bekennt und gratuliert zu der hervorragenden Saison.



Erfolg ganz fair: Volleyballer in Botnang.

Resonanz

Staudamm umstritten

Südzeit 69 „Staudamm im Omo-Tal“

Großprojekte wie die Dämme im Omo-Tal bringen Veränderungen und Probleme. Aber Äthiopien mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung ist darauf angewiesen, seine Ressourcen zu nutzen. Und der Omo mit seinen über 2000 Metern Gesamtgefälle bietet ein gewaltiges Potential an Wasserkraft für den Eigenbedarf des Landes ebenso wie für den Export von Strom in die Nachbarländer. Zum zweiten ermöglichen die Staudämme die geregelte Bewässerung großer Flächen. Das verändert das Leben der Menschen, schafft Probleme, bietet aber auch Arbeitsplätze und macht unter Umständen unabhängig von Nahrungsmittelhilfe in schlechten Jahren. Die Frage ist, wie, und mit welchem Geschick die Regierung die neuen Probleme angeht.

Helmut Falkenstörfer, Schorndorf

Vorschau

Die nächste Ausgabe von Südzeit erscheint im September 2017. Unser Schwerpunktthema:

„Früchte“

Woher kommen unsere Früchte? Wo und wie werden sie produziert? Wie können wir sie genießen? Südzeit gibt Antworten.

Impressum

Herausgeber:

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e.V., Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel: 07 11-66 48 73 60, info@deab.de
www.deab.de, www.suedzeit.de

Redaktion:

Ralf Häußler, Reinhard Hauff, Luzia Schuhmacher, Eugen Schütz, Uta Umpfenbach, Silke Wedemeier, Susanne Schnell, sps, verantwortlich.

Redaktionsadresse:

Redaktion Südzeit, Susanne Schnell, Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel. 0 93 41-89 78 88, suedzeit@deab.de

Redaktionsschluss: 15. Juli 2017

Preis: Eine Ausgabe kostet 4 Euro.

Anzeigen-, Abo- und Finanzverwaltung: Uta Umpfenbach, Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel: 07 11-25 39 40 25,
Mail: u.umpfenbach@deab.de

Konto für Abos und Spenden:

DEAB e.V./ Südzeit, GLS-Bank, IBAN DE15 4306 0967 0075 5489 01

Layout: Scharmant Design,

Heike Scharm, www.scharmant.de
Druck: Hinckel-Druck GmbH, Wertheim. Versand: Caritas-Neckartalwerkstätten, Stuttgart-Hedelfingen

Recyclingpapier, Blauer Engel.

Diese Südzeit wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst sowie von der Aktion Hoffnung der ako und der Evangelischen Landeskirche Württemberg.

Bildquellen: Titelfoto: Sea-Watch; S. 3: earthlink, A. Geiger-Ermer; S. 4: Munkaila/Misereor, privat (r.); S. 5: privat, Sea-Watch (r.); S. 6: privat; S. 7: © Herlinde Koelbl; S. 8: © Herlinde Koelbl; S. 9: Brot für die Welt; S. 10: fotolia.com/id/31215100?by=serie; S. 11: Jörg M. Seifert, Intertourist; S. 12: Sea-Watch; S. 13: Sea-Watch (li.), Markus Schildauer; S. 14: Helge Bendl/Brot für die Welt; S. 15: Ramona Lenz, Medico International; S. 16: © Gaby Gerster; S. 17: Josh Estey/Care (o.); S. 19: Graphik: Scharm, Fija-Omina über DaWanda.com, Herstellerfotos; S. 20: privat; S. 21: Dennis Melsa/Naturfreundejugend Deutschland; unten: Steffen Wiegand; S. 22: Elutimodeseo/Dreamstime.com – lizenziert für forum anders reisen, Bigpressphoto/Dreamstime.com – lizenziert für forum anders reisen (v.o.n.u.), rechts: Dennis Melsa/Naturfreundejugend Deutschland; S. 23: Weltladentag; S. 25: Graphik: Scharm; S. 27: Forum der Kulturen; S. 28 bis 31: privat; S. 32: Forum der Kulturen; Graphiken: Scharmant Design.

Das war mein größter Coup

In Biafra war er in Lebensgefahr. Doch mit 81 Jahren zieht es ihn als Reiseleiter immer noch in ferne Länder



Herr Falkenstörfer, Sie waren in Biafra und hatten Glück mit dem Leben davonzukommen. Was ist passiert?

Die Region Biafra wollte sich von Nigeria unabhängig machen und es kam zu einem mörderischen Krieg. Biafra war von Nigeria eingeschlossen – die Bilder hungernder Biafra-Kinder sind ja bekannt. 33 Hilfswerke aus 21 Ländern haben damals eine Luftbrücke betrieben. Ich war als Leiter des Informationsdienstes von Brot für die Welt mit dabei. Schon die Landung unseres Flugzeugs auf einer verbreiterten Straße war sehr gefährlich. Aber dann wollten wir Journalisten über die Warfront berichten. Es hieß, alle Parteien hielten sich an die Mittagspause. Das war aber nicht wahr. Plötzlich flogen Kugeln an uns vorbei, und wir retteten uns hinter einen dicken Baum. Seitdem weiß ich, dass Gewehrketten wirklich pfeifen. Aber am gefährlichsten für die Ausländer waren die Landungen. Es gab etwa 5000 Flüge mit 15 Chartermaschinen und bei der ganzen Aktion 35 Tote aus Europa und Amerika.

Und danach kam auch noch Kritik!

Ja, uns Hilfswerken wurde vorgeworfen, dass wir durch unsere Luftbrücke den Krieg noch verlängert hätten. Nachträglich betrachtet, lag hier in der Tat ein Dilemma. Aber wer hätte damals einfach zuschauen können?

Sie waren danach noch in Eritrea während des dortigen Krieges. Warum?

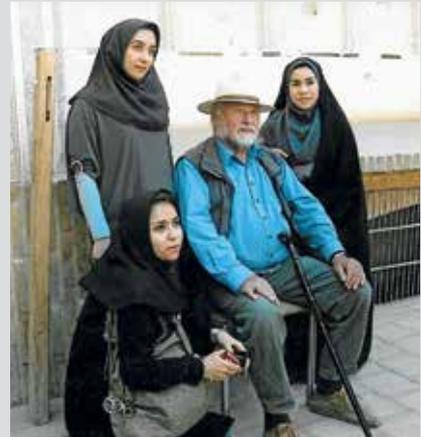
Krieg ist ein so bestimmendes und für uns zugleich fernes Element in der Welt, dass ich die Gelegenheit nutzen wollte, ihn mir anzusehen. Ich war als Journalist während des Aufstands 1979 und dann 1998 im eritreisch-äthiopischen Krieg in Eritrea. Es gab einen Stellungskrieg. Die Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Ländern sind nicht geklärt, nach wie vor ist die Grenze sehr umstritten. Bei meinem letzten Aufenthalt in Eritrea war ich schon im Ruhestand und habe meine Frau mitgenommen. Denn wenn sie mit dabei ist, muss sie sich zu Hause keine Sorgen machen.

Woher kommt Ihre Reiselust?

Ich bin schon als Student viel gereist. Mit dem Auto fuhr ich damals über den Balkan nach Jerusalem. Einmal bin ich durch die Sahara nach Nigeria getrampt. Als ich im Ruhestand war, arbeitete ich zuerst als Reiseleiter für Biblische Reisen. Später habe ich mich selbständig gemacht.

Was war Ihr größter Coup?

Ein großes Glück war, dass ich den Einsatz an der Warfront sowie den Flug nach Biafra überlebt habe. Einen großen persönlichen Gewinn ziehe ich aus meiner Arbeit als Reise-



Der Reiseleiter mit persischen Frauen.

leiter, denn bei der Vorbereitung wie bei den Reisen selbst lerne ich sehr viel. Ich konnte mir dadurch in den vergangenen Jahren enormes Wissen über den Orient und das Horn von Afrika aneignen.

Welche Reisen bieten Sie an – und wie lange werden Sie noch als Reiseleiter tätig sein?

Ich habe begonnen mit den Ländern, in denen ich gewohnt habe, also Äthiopien und Sudan. Heute reise ich vor allem in den Iran. Da boomt der Tourismus. Weil ich so oft danach gefragt werde, werde ich im Herbst und vielleicht im kommenden Jahr noch einmal eine Reise anbieten, aber dann ist endgültig Schluss.

Helmut Falkenstörfer, 81 Jahre, ist Theologe und Journalist. Er arbeitete unter anderem für Brot für die Welt. Viele Jahre lebte er in Afrika. Im Ruhestand machte er sich als fachkundiger Reiseleiter selbständig und bietet heute noch Reisen an.



Festival: Feiern, tanzen, genießen

Musik, Tanz, Kulinarik: Weltoffen wie nie präsentiert sich die Landeshauptstadt Stuttgart vom 11. bis 16. Juli während des Sommerfestivals der Kulturen.

Stars der internationalen Weltmusikszene spielen auf dem Stuttgarter Marktplatz, exotische Köstlichkeiten und ein großer Markt der Kulturen erwartet die Besucher bei freiem Eintritt. Die Musiker kommen aus aller Welt, beispielsweise aus Honduras, Südafrika, Mexiko, Argentinien, Nigeria, Frankreich, der Mongolei und Spanien (Foto oben: die Gruppe Fuel Fandango). Das tanzbegeisterte Publikum

kann sich auf 13 Bands und 91 Musiker freuen. Täglich bieten rund 30 Migrantenvereine u. a. orientalische, afrikanische und lateinamerikanische Spezialitäten und landestypische Getränke an.

Damit ist das Festival des Forum der Kulturen Stuttgart e.V. nicht nur ein kultureller Höhepunkt Stuttgarts, es ist auch ein nachdrückliches und positives Signal gegen Rassismus und Ausgrenzung jeglicher Art.

Feiern und genießen wir gemeinsam!



Ich möchte Südzeit abonnieren!

Schicken Sie eine Mail an u.umpfenbach@deab.de oder kreuzen Sie an:

- Normales Abo: Vier Ausgaben für 16 Euro im Jahr
- Unterstützer-Abo: Vier Ausgaben für 25 Euro im Jahr

Name

Straße / Hausnummer

PLZ / Wohnort

E-Mail / Telefon

X _____
Datum und Unterschrift

Bitte
ausreichend
frankieren,
danke!

Südzeit

Abo-Verwaltung
Uta Umpfenbach
DEAB
Vogelsangstr. 62
70197 Stuttgart

Südzeit bewegt
— für nur
16 Euro im Jahr

